

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Vierteljahr 8.97 M., einschließlich 80 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiung
für den Auslandabonnement 5.85 M.
pro Monat; für Kinder mit ermäßig-
tem Druckschonpreis 4.65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich einmal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döndhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disc.-Ges., Depositant., Jerusalemstr. 65-66.

Die einseitige Millimetergröße 80 Pf.
Kleinformat 2-3 M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
(einschließlich zwei festgedruckte Worte); jedes
weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. April.
Wörter über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeter-
größe 20 Pf. Familienanzeigen Milli-
metergröße 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauspreis für die Wochensätze 3.
Wochensätze von 1/2 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
rechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Revolverattentat auf Doumer.

Der französische Präsident in Lebensgefahr. — Der Täter ein russischer Faschist.

Paris, 6. Mai (Eigenbericht.)

Auf den Präsidenten der Republik Doumer wurde am Freitagnachmittag kurz nach 3 Uhr ein Attentat verübt. Doumer wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft.

Der Präsident hatte sich in Begleitung eines Ordonsanzoffiziers nach dem Palais der Rothschild-Stiftung in der Rue Verheyer begeben, wo die französischen Schriftsteller, die ehemalige Kriegsteilnehmer sind, einen Verkauf ihrer Bücher mit eigenhändigen Widmungen veranstalteten. Als der Präsident den zweiten Ausstellungssaal betrat, wo ihn das Empfangskomitee und verschiedene Minister begrüßen wollten, feuerte ein Mann, der vorher die Ausstellung besichtigt und einige Bücher gekauft hatte, plötzlich fünf Schüsse auf den Präsidenten ab. Doumer wurde von drei Kugeln getroffen; eine drang in die Kopfhaut, die zweite in den Nacken und die dritte in die Achselhöhle des rechten Armes. Die vierte Kugel traf den Vorsitzenden der Schriftstellervereinigung Claude Farrère, der sich gerade vor dem Präsidenten verbeugte, und verletzte ihn leicht. Die fünfte Kugel streifte den Direktor der Pariser Polizei, Guichard. Der Präsident der Republik sank bewusstlos zu Boden, während sich der Polizeidirektor und andere Persönlichkeiten auf den Attentäter stürzten, ihn entwaffneten und der Polizei übergaben. Beim Verlassen des Palais konnten die Beamten den Attentäter nur mit großer Mühe vor der Menschenmenge schützen, die ihn lynchen wollte.

Der Präsident der Republik, der insbesondere aus der Armwunde stark blutete, wurde in seinem Kraftwagen nach einem nahegelegenen Krankenhaus gebracht, wo ein bekannter Chirurg sofort eine Blutübertragung und die notwendigen Operationen vornahm. Alle drei Kugeln konnten entfernt werden. Bald nach der Operation hat der Präsident das Bewusstsein wiedererlangt.

Wenn je ein Attentat sinnlos und verabscheuungswürdig war, so in diesem Fall. Das greise französische Staatsoberhaupt hat seit seiner Wahl am 13. Mai 1931 sein hohes Amt mit einer geradezu vorbildlichen Zurückhaltung, Bescheidenheit und Ueberparteilichkeit ausgeübt. Das haben auch alle seine damaligen Gegner inzwischen anerkennen müssen. Doumers Wahl bedeutete einen Ueberraschungssieg der Rechtsparteien gegen die Linke, die Briand auf den Schild erhoben hatte. Allerdings war sein Erfolg nur möglich mit Hilfe einer größeren Zahl von linksgerichteten Senatoren, die aus persönlicher Sympathie Doumer den Vorzug gaben gegenüber dem offiziellen Kandidaten der Linken, Briand. Denn Doumer war damals Präsident des Senats und Mitglied der sogenannten „demokratischen Linken“, also der radikalen Fraktion des Senats. Ueberhaupt hatte er sich in der Nachkriegszeit im Verhältnis zu dem ersten Teil seiner langen politischen Laufbahn merklich nach links entwickelt und verschiedenen Regierungen der Linken angehört.

In der ersten Erregung über die Niederlage ihres Kandidaten Briand hatten sich die Sozialisten und viele Radikale erhoben und protestierend ausgerufen: „Nieder mit dem Krieg!“ Denn man empfand den Mißerfolg Briands zunächst als eine Niederlage des Friedensgedankens. Doumer selbst mußte, daß sein Sieg in weiten Teilen Frankreichs und der Welt eine solche Deutung erfahren könnte und beeilte sich, noch am selben Abend in einer öffentlichen Erklärung, die ebenso geschickt wie würdig war, einer solchen für seine und Frankreichs Ansehen unvoreilhaftigen Deutung entgegenzutreten. Er sagte: „Niemand hängt am Frieden mehr als ich, denn niemand weiß besser als ich, was der Krieg bedeutet.“ Diese taktvolle Anspielung auf den Verlust von vier seiner fünf Söhne, die im Weltkrieg gefallen waren, verfehlte ihren günstigen Eindruck nicht auf die empörten Massen, die zunächst in ihm den erfolgreichen Kandidaten der



Paul Doumer.

nationalistischen Rechten erblicken mußten. Es läßt sich nicht behaupten, daß er seitdem irgend etwas geduldet oder getan hätte, was mit seiner Rolle als überparteilichem Staatsoberhaupt nicht im Einklang stünde.

Das dieses Attentat zwei Tage vor den Stichwahlen verübt wurde, hat natürlich überall die Frage aufzuwerfen lassen, ob und welche Rückwirkungen auf die Volkstimmung und auf das Wahlergebnis möglich sind. Wäre nur der leiseste Verdacht aufgetaucht, daß der Täter aus irgendwelchen revolutionären Motiven heraus gehandelt hätte, dann wäre es für die Regierung Tardieu ein gefundenes Fressen gewesen, und sie hätte nicht versäumt, alle Register der Demagogie in Tätigkeit zu setzen, um die Wähler in letzter Stunde gegen die Linksparteien aufzuputtschen. In dessen braucht man kaum zu befürchten, daß der Revolveranschlag des russischen Arztes auf den Präsidenten der Republik gegen die Linksparteien mit Erfolg ausgespielt werden kann. Denn die Person des Täters und seine eigenen Angaben lassen keinen Zweifel daran, daß er aus antibolschewistischen Motiven gehandelt hat. Er bezeichnet sich als Haupt einer „russisch-faschistischen“ Gruppe und will geschossen haben, um die französische Regierung dafür zu bestrafen, daß sie zu sehr bolschewistenfreundlich sei! Das ist die geradezu komische Seite dieses abscheulichen Dramas. Während die kommunistische Presse täglich behauptet, daß gerade die französische Regierung zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion rüstet, findet sich ein russischer Emigrant, der einen französischen Staatspräsidenten

erschließen will, weil Frankreich durch seine „probolschewistische“ Haltung das russische Volk verrate!

Es liegt uns fern, die Verantwortlichkeit dieses Mannes und der Kreise, denen er entstammt, irgendwie zu verringern, aber es muß schon gesagt werden, daß seine bisherigen Angaben so konfus und so phantastisch sind, daß man es anscheinend mit einem Halbverrückten zu tun hat. Wenn seine Tat überhaupt eine Wirkung auslösen konnte, so doch nur die, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und der übrigen Welt, soweit sie bisher mit weißgardistischen Kreisen sympathisierte, sich von der Gefährlichkeit dieser Elemente nunmehr überzeugen wird. Einen besseren Dienst konnte dieser russisch-faschistische Arzt der Sowjetunion gar nicht leisten, die er zu hassen vorgibt.

Wenn der greise Präsident der Republik, der erst vor sechs Wochen völlig unbemerkt seinen 75. Geburtstag begangen hat, die außerordentlich schweren Verletzungen übersteht, die er erlitten hat, so wäre das nur einem Zusammenwirken von überaus glücklichen Umständen zu verdanken, und es würde geradezu an ein Wunder sowohl der ärztlichen Kunst wie der eigenen körperlichen Widerstandsfähigkeit grenzen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler, die sofort nach Bekanntwerden des Attentats ihr Mitgefühl und ihre Beseitigungswünsche nach Paris übermittelt haben, sind bei dieser Gelegenheit die Dolmetscher der Empfindungen des gesamten deutschen Volkes gewesen, insbesondere jener Teile Deutschlands, die ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen herbeiwünschen.

Der Attentäter — russischer Faschist.

Man glaubt, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben.

Paris, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der Urheber des Attentats auf Staatspräsident Doumer ist ein 37-jähriger Russe namens Paul Gorgulow. Er ist aus Wabinskaja im Kaukasus gebürtig und Doktor der Medizin der Prager Universität. Gorgulow ist seit zwei Jahren in Paris ansässig. Angeblich hat er hier von seinen Erbpännern gelebt. Vor kurzem hat er sich mit seiner Frau nach Monaco begeben, von wo er am Donnerstag mit der Absicht nach Paris zurückgekehrt ist, den Präsidenten der Republik zu ermorden. Er gibt sich als Chef der russischen Faschisten aus und führt als Beweggrund für seine Tat an, daß Frankreich eine „bolschewistische Regierung“ habe, und daß es, ebenso wie Amerika, der größte Feind seines Vaterlandes geworden sei. Obgleich der Russe in völliger Ruhe auf die Fragen der Polizeibeamten antwortete, glaubt man es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben. Er wurde nach dem polizeilichen Verhör der Staatsanwaltschaft übergeben, die ihn nach einer nochmaligen Vernehmung unter der Auflage des Mordverdachts ins Gefängnis einliefern ließ.

Eine wichtige Feststellung, die die Vorsätzlichkeit der Tat beweist, hat der Schriftsteller José Germain gemacht. Er hat in der Ausstellung drei Bücher gefunden, die der Attentäter vorher dort gekauft und von Farrère mit der Widmung hat versehen lassen: „Gewidmet Herrn Paul Brade, französischer Journalist.“ Unter diese Widmung hatte der Attentäter mit eigener Hand folgendes geschrieben: „Paul Gorgulow, Chef der russischen Faschisten, der soeben den Präsidenten der französischen Republik getötet hat.“

Der Zustand in den Abendstunden.

Paris, 6. Mai.

Um 21.30 Uhr ist über das Befinden des Präsidenten der Republik Doumer folgender Bericht ausgegeben worden: Der Präsident der Republik ist von zwei Kugeln getroffen worden. Die eine Kugel drang an der Basis der Schädeldacke ein und kam an der rechten Wade wieder heraus. Die andere Kugel ist in die rechte Schulter eingedrungen und hat den starken Blutverlust hervorgerufen. Um sechs Uhr abends konnten die Ärzte nach den beiden Bluttransfusionen die durchgeschlagene Schlagader an der rechten Achsel abbinden. Heute abend war die Temperatur des

Zustand hoffnungslos?

Paris, Mitternacht (Eigenbericht.)

Nach den letzten Mitteilungen aus dem Krankenhaus muß das Befinden Doumers als äußerst ernst und sogar als hoffnungslos angesehen werden. Es ist Brandgefahr eingetreten. Wenn auch nicht offiziell, so doch geben die Ärzte privatim zu, daß das Ableben innerhalb der nächsten Stunden befürchtet werden muß.

Falls das Staatsoberhaupt im Laufe des 7. Mai stirbt, muß nach einer bindenden Bestimmung der französischen Verfassung der Kongress binnen drei Tagen, also spätestens am Dienstag, in Versailles zusammentreten, um seinen Nachfolger zu wählen.

Das würde insofern eine phantastische Lage ergeben, als die Legislaturperiode der bisherigen Deputiertenkammer formell bis zum 1. Juni weiterläuft und erst nach diesem Datum die neue Kammer in Funktion treten darf. Es würden dann die bisherigen Abgeordneten, das heißt auch solche, die bereits am letzten Sonntag besiegt wurden oder die am kommenden Sonntag unterliegen werden, nochmals an der Wahl des neuen Präsidenten der Republik mitzuwirken haben!

Kranken 37,2, der Puls 120. In dem Bericht der Ärzte wird der Zustand als immer noch ernst angesehen.

Der Ruffe des Präsidenten erklärte, es sei kein wesentliches Organ getroffen, aber der Blutverlust sei stark und man müsse das Alter des Präsidenten (75 Jahre) berücksichtigen. Die Blutspender, die die beiden Bluttransfusionen ermöglicht haben, sind eine Krankenschwester und ein Oberkellner, letzterer war auf den Krankenhaushöfen als Blutspender in dringlichen Fällen geführt.

Paris, 6. Mai.

Das Innenministerium gibt um 23 Uhr folgenden Bericht über das Befinden des Präsidenten Doumer aus. Um 22.40 Uhr war das Befinden unverändert: keine Besserung, keine Verschlechterung.

Phantastische Äußerungen — oder nur Regierungsmache?

Paris, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Vor dem Untersuchungsrichter gab Gorgulow folgende Erklärung ab: „Ich habe große Sympathie für die französische sozialistische Partei (?) aber ich liebe nicht die Sozialisten und die Kommunisten. (!!) Sie triumphierten überall und haben mein Vaterland vernichtet. Ich habe viel Geld ausgegeben, um mein Vaterland zu verteidigen und ich werde ihm auch mein Leben geben, aber niemals habe ich Geld empfangen. Man kann mich nicht kaufen, da ich Sozialist bin (?). Ich verehere Mussolini und Hitler, ich bitte Gott, daß er mir die Kraft gibt, als guter Soldat zu sterben.“

Auf die Frage, warum er auf den Präsidenten der Republik geschossen habe, antwortete er: „Ich wollte dem armen Doumer sein Leid antun (!), aber ich habe bemerkt, daß Frankreich auch mit der bolschewistischen Regierung arbeiten will und

ich habe Frankreich veranlassen wollen, den Bolschewisten den Krieg zu erklären.“

„Ich habe vollkommen auf eigene Faust gehandelt.“ Gorgulow gab weiter an, daß er in Paris noch zwei russische Arbeiter kenne, mit denen er aber seit längerem nicht mehr zusammengekommen sei, weil er ihnen nicht mehr traute.

In den Kleidern des Russen wurden ein zweiter Revolver, mehrere Ladestreifen und drei Bistablietten gefunden, mit denen er sich angeblich vergiften wollte, wenn sein Attentat fehlschläge. Schließlich trug er noch deutsche, französische und russische Zeitungsausschnitte und ein Notizbuch bei sich, in dem er seine Memoiren in russischer Sprache aufgeschrieben hat. Eine Hausdurchsuchung in dem Hotel, in dem er die letzte Nacht gewohnt hatte, förderte kein Material zutage. Die Polizei hat ferner festgestellt, daß er seinen Lebensunterhalt durch illegale Ausübung seines ärztlichen Berufes hauptsächlich an Russen verdiente. Er ist daraufhin Ende vorigen Jahres ausgewiesen worden, hat aber nur seine Wohnung in Paris gewechselt und ist erst vor kurzem nach Monaco gefahren. Gegen die Frau Gorgulows, eine Schweizerin, die in Monaco geblieben ist, ist ein Haftbefehl erlassen worden. Ein Polizeikommissar ist eigens nach Monaco geschickt worden, um die Frau nach Paris zu überführen.

Das Befinden Doumers.

Das ist in den letzten Nachmittagsstunden verschlechtert zu haben schien, ist am Abend nach der Ausgabung eines der behandelnden Ärzte wieder besser geworden. Der Arzt erklärte, der Präsident habe 60 Proz. Aussicht, mit dem Leben davon zu kommen.

In den Wandelgängen der Kammer hat das Attentat große Empörung hervorgerufen. Verschiedene Abgeordnete sprachen die Meinung aus, daß Frankreich seine Grenzen zu beereichtwillig allen Personen öffne, die aus anderen Staaten ausgewiesen werden und daß eine Verschärfung der Einreisbestimmungen für derartige Individuen notwendig sei, andererseits wurden die Rückschlüsse besprochen, die das Attentat auf das politische und parlamentarische Leben Frankreichs haben könne. Selbst wenn der Präsident wieder genesen sollte, so wurde bemerkt, werde er sicherlich längere Zeit außerstande sein, sein Amt auszuüben. Das sei aber jetzt unmittelbar nach den Wahlen unangenehm, denn gemäß der Tradition demissionieren die Regierung vor dem Zusammentritt der neuen Kammer und der Präsident der Republik sei dann herufen, einen neuen Regierungschef zu ernennen. Da Doumer ohne Zweifel bis zum 1. Juni nicht wiederhergestellt sei, wäre es, so meinten mehrere Abgeordnete, angebracht, möglichst schnell gemäß der Verfassung den Senatspräsidenten mit der Stellvertretung des Staatspräsidenten zu beauftragen.

Das Befinden des Schriftstellers Barrère ist befriedigend. Die auf ihn abgegebene Kugel hat seinen rechten Vorderarm durchbohrt und einen Knochen verletzt, ohne aber Splinter zu verursachen. Eine Ironie des Schicksals ist es, daß Barrère der Verfasser des berühmten Romans mit dem Titel „Der Mann, der mordete“ („L'Homme qui assassina“) ist.

Merkmale des Wahnsinns.

Paris, 6. Mai.

Gorgulow ist ein plump und häuerlich aussehender Mann von 37 Jahren. Sein sonderbares Benehmen und seine unruhig flackernden Augen scheinen die Auffassung vollkommen zu bestätigen, daß man es mit einem gefährlichen Irren zu tun hat. Während seines Verhörs sprach er unausgesetzt vor sich hin, antwortete unklar auf die an ihn gerichteten Fragen und summte von Zeit zu Zeit eine Melodie. Soweit aus seinen unzusammenhängenden Reden hervorgeht, bezeichnet sich der Attentäter als Dichter und Regisseur.

Der Untersuchungsrichter hat drei medizinische Sachverständige beauftragt, Paul Gorgulow auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Ferner wurde mehrere Sprachkundige angefordert, die die bei dem Attentäter aufgefundenen in russischer Sprache abgefaßten Schriftstücke übersetzen sollen.

Die im trüben fischen.

Paris, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In den Abendstunden veruchten die nationalistisch-faschistischen Blätter „Liberté“ und „Ami du Peuple“ Stimmung gegen die links durch Extraausgaben zu machen, in denen sie das Attentat als das „Signal der Revolution“ bezeichneten.

Gleichzeitig gab die kommunistische „Humanité“ eine Sonderausgabe heraus, in der sie das Volk zur Verteidigung der Sowjetunion gegen die weißgardistischen Mörder und Verleumdung aufrief.

Veruche nationalistischer Gruppen, fremdenfeindliche Kundgebungen in den Abendstunden auf den Boulevards zu veranstalten, fanden wenig Gegenliebe. Die Ueberzeugung ist allgemein, daß es sich um die Tat eines Verräters handelt, die man politisch nicht ausschlagen darf, jedenfalls nicht gegen die Linksparteien.

Wirtschaftsstandal um die „Ise“.

Auffehererregende Vorwürfe gegen die Verwaltung.

Die Verwaltung des Reichsunternehmens Biag (Vereinigte Industriebetriebe A.-G.) hat jetzt gegen die Ise Bergbau A.-G. in der bekannten Konfliktfrage die Klage angestreift. In der Klageschrift, die eine Nichtigkeitsklärung der Generalversammlungsschlüsse vom 18. April fordert, werden außerordentlich schwerwiegende Vorwürfe gegen die Verwaltung der Ise, besonders gegen verschiedene Aufsichtsratsmitglieder erhoben.

Die Klageschrift begründet ihren Anspruch auf Nichtigkeitsklärung damit, daß die Ise-Verwaltung in jener stürmischen Generalversammlung die berechtigten 12 Millionen Schutzaktien hat mitstimmen lassen, obwohl auf dieses Paket eigener Aktien nur 3000 Markt bar eingezahlt waren.

In diesem Zusammenhang erhebt die Biag-Klage sensationelle Vorwürfe gegen die Ise-Verwaltung. So wird behauptet, daß Ignaz Pöschel im Jahre 1927 die Ueberfremdung der Ise und sein Eindringen in den Aufsichtsrat nur dadurch erreichen konnte, daß „es ihm gelungen war, über Vorgänge in der Verwaltung der Beklagten (der „Ise“) Kenntnis zu erlangen, deren weiteres Bekanntwerden Verwaltungsmitgliedern der Ise äußerst un bequem sein mußte. Das zwingende Bedürfnis der Ise-Verwaltung, zu verhindern, daß diese Vorgänge in die Öffentlichkeit drangen, machte sich die Pöschel-Gruppe zunutze, um die Vereinbarung vom 1. März 1927 (mit der die Ueberfremdung der Ise erreicht wurde, Red. d. „D.“), bei der Verwaltung gegen deren teilweise anfänglich starken Widerstand durchzusetzen.“

Des Weiteren sagt die Klageschrift, daß Ignaz Pöschel mit diesem Trumpf in der Hand schließlich auch bei denjenigen Mitgliedern der Ise-Verwaltung den Widerstand brechen konnte, die dem Eindringen des tschechischen Kohlenkönigs sich zunächst mit allem Nachdruck widersetzt haben. Die Biag stellt weiter fest, daß allein diese Entschuldigungsgehalte des Ueberfremdungsvorganges die Rechtmäßigkeit des Abkommens begründe, weil es sittenwidrig zustande gekommen sei.

Zu diesem Punkte wird die auffehererregende Feststellung getroffen, daß in diesem Abkommen die damaligen Mitglieder des Aufsichtsrates, und zwar gerade diejenigen, die in der Generalversammlung vom 22. März 1932 wiedergewählt wurden, sich von Pöschel vertraglich die Zustimmung geben ließen, daß sie stets wiedergewählt würden.

Die schweren Beschuldigungen, die hier vor Gericht gegen die Verwaltung des mächtigsten Braunkohlenkonzerns erhoben werden, müssen in der breitesten Öffentlichkeit das allergrößte Aufsehen erregen. Endlich scheint der Zeitpunkt gekommen, wo vor Gericht Licht in eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Konzerngeschichte gebracht wird. Für das doppelte Gesicht des Kapitalismus und seinen internationalen Charakter ist bei dieser Affäre kennzeichnend, daß sich hier als Hauptpartner zwei rechtsradikale deutsche Wirtschaftsmagnaten, Bankdirektor Reinhard und der verstorbene Generaldirektor Schumacher, und auf der anderen Seite der tschechische Jude Ignaz Pöschel fanden.

Der SA-Mord von Ramfen.

Das Opfer noch beraubt. — Drei Mittäter verhaftet.

Kaiserlautern, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Der von einem 22jährigen Nazimörder erschlagene Maurer Aufschneider besaß kurz vor seiner Ermordung noch etwa 8 M., die bei der Durchsuchung seines Anzugs fehlten. Danach ist anzunehmen, daß der Nazimörder sein Opfer nach vollbrachter Tat auch beraubt hat.

Der Täter hat den Ermordeten einige hundert Meter weit von der Straße weggeschleift und ihn im Walde mit einem Gratestrick aufzuhängen versucht. Er wollte dadurch einen Selbstmord seines Opfers vortäuschen. Auf dem Bauernhof des inzwischen verhafteten Langenstein waren aus Säcken Wuppen angefertigt worden, an denen sich die Nationalsozialisten im Erschlagen politischer Gegner übten.

Die Bevölkerung ist über die furchtbare Bluttat so erregt, daß sie Langenstein beim gerichtlichen Lokaltersmin zu lynchen versuchte. Inzwischen sind nach drei Nationalsozialisten aus der Umgegend von Ramfen unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet worden.

Enttäuschung rechts.

Der gewünschte Sieg der Rechten nicht erreicht.

Die Nazis geben sich immer noch große Mühe, das Ergebnis der Preußenwahlen als einen großen Sieg darzustellen, obwohl sie ihr Ziel, allein die Mehrheit zu erlangen, nicht im entferntesten erreicht haben. Was von diesem „Sieg“ zu halten ist, zeigt der deutschnationalistische Politiker Eduard Stadler in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Das Großdeutsche Reich“. Stadler schreibt dort:

„Es ging am 24. April um die tatsächliche Eröberung Preußens durch die Kräfte der nationalen Opposition und damit indirekt um die Eröberung der Reichsgewalt. Und es wäre töricht, nicht einzugehen, daß die Schlacht nicht zu dem gewünschten Siege geführt hat. Die Sozialdemokratie hat sich sowohl im Reichspräsidentenwahlkampf wie beim Preußenwahlkampf diszipliniert, stark und widerstandsfähig genug erwiesen, um den frontalen Ueberwältigungsversuch des Nationalsozialismus abzuwehren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß offenbar am 24. April die nationalsozialistische Welle auch in die Außenbezirke der sozialistischen Festungswerte eingebrochen ist. Hitler hat aber nicht die zwei Hauptbollwerke des Marxismus, die Mehrheitssozialdemokratie und die kommunistische Partei, aus eigener Kraft zu zerstören vermocht. Ebenfalls wenig ist es gelungen, die Zentrumsmacht zu stürzen. Doch sich Sozialdemokratie und Zentrum am 24. April machtpolitisch behauptet haben, ist ein Ergebnis des Wahlkampfes, das nicht ernst genug beurteilt werden kann.“

Stadler gibt also entgegen dem Siegesgeschrei der Nazis unumwunden zu, daß der 24. April nicht zu dem von der „nationalen Opposition“ gewünschten Siege geführt hat und Sozialdemokratie und Zentrum sich machtpolitisch behauptet haben.

Ein objektiver Richter.

Die Justizkondale von Hannover.

Hannover, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Die hannoversche Justiz ist ein Kapitel für sich. Höher und höchsten Beamten des Reiches und der Länder, von Nazibeleidigern öffentlich angepöbeln, verläßt sie den Ehrenschwurz oder sie straft so gering, daß die Urteile zu weiteren Erosterien geradezu anreizen.

Kürzlich hat ein Gericht in der Provinz Hannover einen Redakteur freigesprochen, der dem Oberpräsidenten Roste in verleumderischer Weise nachgesagt hatte, er habe als Reichswehrminister Reichsgelder an Deserteure verschwendet. Der Freispruch erfolgte, obwohl das Gegenteil richtig ist. Hoch oder fling das Vieh vom dransen Richter, der weiß, was er zu tun hat, wenn es sich um einen Nazi handelt. So erhielt ein jüdischer Viehhändler aus Gronau drei Monate Gefängnis, weil er einem üblen Nazihöcker, einem Schlächtermeister, der demüßigt auch den Preußischen Landtag zieren ließ, auf das läbliche dadurch beleidigte, indem er von ihm sagte, wenn er, Schmidt, Nationalsozialist sei, dann solle er erst seine Schwäden, die er bei Juden habe, begleichen.

Rechtstours der „Germania“.

Der Sinn des Redaktionswechsels.

Die Mehrheitsaktionäre des Berliner Zentrumsblatts „Germania“, die Herren Papen und Klöckner, haben als neuen Chefredakteur des Blatts den Herausgeber der katholischen Wochenchrift „Der Deutsche Weg“, Emil Ritter, bestimmt. Ritter, der am 7. Dezember 1881 in Frankfurt a. M. geboren wurde, ist in sein neues Amt bereits eingeführt worden. Er übernimmt die Chefredaktion der „Germania“ jedoch endgültig erst am 1. August. Bis dahin wird er von München-Grabbach aus von Fall zu Fall mit Kritiken in der „Germania“ hervorgetreten.

Ritter ist bisher politisch wenig hervorgetreten. In der von ihm geleiteten Zeitschrift wird jedoch der konservative Gedanke besonders gepflegt. Eine ähnliche Tendenz dürfte deshalb in Zukunft auch in der „Germania“ anzutreffen sein. Damit ist an der von den rechtsstehenden Mehrheitsaktionären erstrebten Richtungsänderung des Zentrumsblatts wohl nicht mehr zu zweifeln.

Freunde der Naziverbrecher.

Sozialdemokratische Unprangerung im Sachsen-Landtag.

Dresden, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, in dem sie unter Anführung einer Anzahl Einzelsfälle darauf verweist, daß die tschechische Justiz im Kampf gegen die Ausschreitungen der Nazis versage.

So hat der Händler Heinlich in Leuben bei Riesa in einem öffentlichen Lokal geäußert: „Wir haben lauter Zahlen in der Regierung, die müssen alle herunter.“ Die Dresdener Staatsanwaltschaft lehnte die Verfolgung ab, weil die Äußerung nicht öffentlich gefaßt sei. In dem Ort Leuben überfielen Nationalsozialisten friedlich nach Hause gehende Einwohner. Aber nicht die Nationalsozialisten wurden bestraft. Verurteilt wurde ein Konsumverwalter, weil er auf einem einige Tage vorher abgemeldeten Motorrad zur Polizei fuhr, um den Ueberfall zu melden, obwohl auf andere Art polizeiliche Hilfe nicht herbeigerufen werden konnte. Nazis, die das Großenhainer Gemeindefesthaus überfielen, wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen. Die Mörder des Reichsbannermannes Wolf in Riesa wurden nur wegen Raufhandels zu verhältnismäßig geringen Strafen verurteilt.

Die Regierung wird in der sozialdemokratischen Anfrage ersucht, die Verwaltungsbehörden und die zuständige Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen das verbrecherische Treiben der Nationalsozialisten mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen.

Naziredakteur gibt klein bei.

Ehrenerklärung für Ministerpräsidenten Braun.

Braunschweig, 6. Mai.

Vor dem Schöffengericht wurde gegen den Verlagsdirektor und Chefredakteur Dohrmann der hiesigen „Landzeitung“ auf Antrag des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun wegen Beleidigung verhandelt. Der Beklagte bestritt die beleidigende Absicht. Im übrigen hatte sowohl der Redakteur Dohrmann wie auch das Gericht den Wunsch, durch eine entsprechende Erklärung die Angelegenheit beizulegen. Nach längerer Beratung wurde eine Ehrenerklärung aufgesetzt, in der der Beklagte anerkennt, daß ihm in dem betreffenden Artikel in der Ueberzeugung die Wendung unterlaufen sei, die von dem preußischen Ministerpräsidenten als Beleidigung aufgefaßt werden könne. Er erklärt ausdrücklich, daß ihm jede Absicht der Beleidigung des Ministerpräsidenten fern geliegen habe und daß er die Persönlichkeit und die politische Bedeutung des Ministerpräsidenten durchaus anerkenne. Die Erklärung wurde dem Ministerpräsidenten Dr. Braun überhandt.

Waffenstillstand um Shanghai.

Der Japaner unterzeichnet im Krankenbett.

London, 6. Mai. (Eigenbericht.)

In Shanghai ist der Waffenstillstandvertrag zwischen China und Japan unterzeichnet worden. Das Dokument mußte ins Hospital getragen werden, da der japanische Delegationsführer kürzlich bei dem Bombenattentat eines Rareaners schwer verwundet wurde und das Krankenhaus nicht verlassen kann; es wurde ihm unmittelbar nach der Unterschrift ein Wein angeteilt.

Das Abkommen bestimmt, daß die Japaner sich auf das vor dem 28. Januar innegehabte Gebiet zurückziehen, während die Chinesen sich verpflichten, nicht über ihre gegenwärtigen Stellungen hinaus vorzugehen.

Was wird in Preußen?

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Von Albert Grzesinski.

Seit die Rechte vor kurzem ihre Liebe zur Demokratie und zur Weimarer Verfassung entdeckt hat, treibt diese Leidenschaft immer neue Blüten. Bemerkenswert bleibt dabei, daß die Treue zur Verfassung bis auf den letzten Buchstaben immer erst dort in Erscheinung tritt, wo man von ihr Vorteile für die eigene Sache erwartet.

Im Vordergrund des Interesses steht jetzt das weitere Schicksal des preussischen Kabinetts. In Ländern mit einem besonderen Staatsoberhaupt (Monarchen oder Staatspräsidenten) erfolgt die Ernennung des Premierministers (Reichskanzlers, Ministerpräsidenten) oder auch aller Kabinettsmitglieder in der Regel durch das Staatsoberhaupt. Da Preußen im Interesse des Ansehens des Reiches bemüht auf die Institution eines Staatspräsidenten verzichtet hat, entstand die Notwendigkeit einer anderweitigen Regelung. Nach Ablehnung mehrerer anderer Vorschläge (Ernennung durch den Präsidenten des preussischen Staatsrats oder den Landtagspräsidenten) entschied man sich dafür, diese Aufgabe dem Landtag zu übertragen, eine ausgesprochene Verlegenheitslösung, die den Aufgaben eines Parlaments wesensfremd ist. (Näheres hierzu siehe Protokolle des Verfassungsausschusses der Preussischen Landesversammlung S. 133, 136, 270). Wie wesensfremd, geht rein äußerlich auch schon daraus hervor, daß nach ausdrücklicher Verfassungsbestimmung (Artikel 45) eine Aussprache über die Wahl unzulässig ist, eine wohl für ein Parlament recht eigenartige Bestimmung. Diese wesensfremde Aufgabe wurde nun in die übrigen Verfassungsbestimmungen eingepreßt, die schon deshalb auf die Wahl (richtiger wäre „Ernennung“) des Ministerpräsidenten nicht zugeschnitten sind, weil noch der Regierungsentwurf der Verfassung die Ernennung des Ministerpräsidenten durch den Landtagspräsidenten vorgesehen hatte.

Nach Artikel 22 faßt der Landtag seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Ausnahmen kann... für die Wahl die Geschäftsordnung zulassen. Von dieser Möglichkeit hatte die alte Geschäftsordnung Gebrauch gemacht. Nach ihr (Artikel 20) war gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhielt. Ergab sich keine solche Mehrheit, so sollten die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl kommen, so daß alsdann im zweiten Wahlgang endgültig gewählt wäre, wer von ihnen beiden die höhere Stimmenzahl hatte. Diese Bestimmung der Geschäftsordnung ist, wie bekannt, ordnungsgemäß aufgehoben worden. Die derzeitige Rechtslage ist also die, daß die Wahl des Ministerpräsidenten, so wie es Artikel 22 der preussischen Verfassung vorsieht, mit Stimmenmehrheit erfolgt.

Nachdem der radikalen Rechten die einzige Chance, die das deutsche Verfassungsleben kennt, mit relativer Mehrheit an die Macht zu kommen, nämlich die Reichspräsidentenwahl, verlorengegangen ist, nachdem das heisse Bemühen, in Preußen durch Erringung der Majorität die Macht über den größten Verwaltungsapparat zu bekommen, gescheitert ist, versuchen Stimmen aus dem Lager der Rechten gegenüber der vorstehend gekennzeichneten klaren Rechtslage Verwirrung zu stiften. Diese Stimmen behaupten, daß entgegen dem klaren Text der geltenden Geschäftsordnung die Wahl des Ministerpräsidenten, da eine absolute Mehrheit nicht zustande kommt, durch die stärkste Gruppe erfolgen könne.

Wenn auch bei der klaren Rechtslage ein Erfolg dieser Verwirrungsversuche von vornherein ausgeschlossen ist, muß doch aber auch jeder Versuch, Unsicherheit zu schaffen, von vornherein entschieden zurückgewiesen werden. Die Argumente, die von ihnen angeführt werden, sind verschiedener Art. Eines weist auf den Artikel 17 der Reichsverfassung hin, wonach jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß und die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf. Widersprüche, die dieser Bestimmung der Reichsverfassung widersprechen oder ihre Durchführung erschweren, seien nichtig. Hieraus wird gefolgert, daß, falls im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit für einen Kandidaten zur Ministerpräsidentenschaft nicht zustande kommt, der Minister in der Stichwahl des zweiten Wahlganges mit relativer Mehrheit zu bestimmen sei. Diese Ausführungen enthalten eine starke und grundsätzliche Verkennung der Bedeutung des Grundprinzips des Parlamentarismus, wonach die Regierung das Vertrauen der Volksvertretung haben muß. Sie überschauen nämlich, daß die Wahl mit nur relativer Mehrheit gerade dasjenige schaffen würde, was im Sinne des Parlamentarismus angeblich vermieden werden soll: nämlich eine Regierung, die nicht das Vertrauen des Parlaments genießt, ja die gerade erst eingesetzt wird, nachdem der vorhergehende Wahlgang gezeigt hat, daß die Mehrheit des Parlaments diese Regierung ablehnt. Wohl besitzt jetzt auch die Regierung Braun nicht das Vertrauen; jedoch ist sie durch das Vertrauen des Landtags in ihr Amt seinerzeit berufen und wiederholt bestätigt worden. Nachdem sie ihre bisherige Mehrheit verloren hat, ist sie verpflichtet und bereit, einer Regierung die Geschäfte zu übergeben, die hierzu durch das Vertrauen des Parlaments berufen wird, aber auch nur einer solchen. Sich auf die Grundzüge des Parlamentarismus zu berufen, um zu folgern, daß eine durch absolute Parlamentsmehrheit berufene Regierung die Geschäfte einer Regierung übergeben muß, die überhaupt noch nie eine Parlamentsmehrheit hinter sich hatte, ja offensichtlich gegen eine solche ans Ruder kam — das verriet immer noch eine starke Fremdheit mit den Grundzügen dieses Parlamentarismus.

Bis zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten und bis zur Ernennung der Minister durch ihn, führen laut ausdrücklicher Verfassungsbestimmung die zurückgetretenen Minister die laufenden Geschäfte bis zu deren Übernahme durch die neuen Minister weiter. Es ist daher glattweg falsch, wenn

Der Fünfzigjährige.

„Ja, was hat dieser junge 20 jährige Herr eigentlich für Verdienste, daß er sich herausnehmen kann, in diesem Ton von der deutschen Sozialdemokratie zu sprechen?“ (August Bebel am 22. 1. 03 im Reichstag.)



August Bebel: „Nun ist er mittlerweile fünfzig, auf seine Verdienste wartet die Welt immer noch!“

Petrus: „Lut nichts, er sieht doch dem Alten Fritz sooo ähnlich!“

Nazipresse für Ivar Kreuger.

Die „Brecher der Zinsnechtheit“ verteidigen den Großbetrüger.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß der Mammutbetrüger Ivar Kreuger den Nationalsozialisten lange Zeit als der Idealtyp des „schaffenden“ Kapitalisten gegolten hat. Selbst nach seinem Zusammenbruch hat ein Teil der Nazipresse an den Sturz ihres Idols nicht glauben wollen, sondern hartnäckig die Persönlichkeit Ivar Kreugers verteidigt. Für die Nazipresse war nicht Ivar Kreuger der Betrüger, sondern wer seinen Betrug ans Licht brachte! Der „Freiheitskampf“, das Dresdener Blatt der Nationalsozialisten, brachte z. B. am 8. April einen Verteidigungsartikel für Kreuger mit der schönen Überschrift „Die schmutzige Wäsche der Juden“. Darin heißt es:

„Die Taktik der internationalen jüdischen Hochfinanz wird im Fall Kreuger immer verleumderischer und niederträchtiger. Alle Mittel sind diesen Durcheinander, um die an und für sich schon gefallenen Kreuger-Papiere durch Lügenmeldungen aller Art noch tiefer sinken zu lassen... Man beschuldigt den toten Kreuger der Bilanzfälschung. Um des schändlichen Mammons willen machen die internationalen Großhändler und Gauner nicht einmal halt vor einem Toten... Immer und immer wieder sind es die Juden, die die Schiedungen und Gaunereien engros vornehmen und die Wähler bis aufs Letzte auslaugen.“

Kreuger blieb für die Nazis eine Lichtgestalt. Die Meldungen über seine Betrügereien waren nichts als schmutzige Börsenmandor

des „raffenden“ Kapitals, um dem Werke dieses edlen „Schaffenden“ den Garaus zu machen.

Am 12. April schrieb der „Freiheitskampf“ einen neuen Artikel zum Fall Kreuger, in dem er frohlockte: „Die jüdischen Gauner kommen mit ihren Lügenmeldungen nicht weit.“ Am 16. April versicherte das Naziblatt wiederum, daß es sich bei allen Meldungen über Kreugers Mischgeschäften nur um „Börsengauereien“ handelte, um die Kurse zu drücken. Wörtlich war zu lesen:

„Über den Kreuger-Konzern schwirren augenblicklich die tollsten Gerüchte durch die Presse und werden mit einer unnatürlichen Leidenschaft aufgegriffen... Anzunehmen ist, daß das internationale jüdische Bankkapital versucht, durch Ausbreitung solcher Nachrichten die Kurse der Kreuger-Papiere weiter abjagen zu lassen, um dann einen gehörigen Schnitt zu machen.“

Das Braune Haus hat zwar die Meldung, daß sich in den hinterlassenen Papieren Kreugers auch eine Quittung Hitlers über 100 000 M. befände, prompt dementiert. Bei dem Feuerzeiger, den die Nazipresse in der Verteidigung des Kettenbetrügers an den Tag gesetzt hat, liegt aber der Gedanke nicht fern, daß die Beziehungen Kreugers zu den Nationalsozialisten doch recht enger Art gewesen sein müssen.

Eins ist jedenfalls sicher: Im Falle Kreuger hat die Nazipresse ihre eigene Theorie vom „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital gründlich ad absurdum geführt.

Senatspräsident Dr. Deereberg in Nr. 205 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt, daß die Geschäftsordnung in ihrer heutigen Fassung die „Reubildung“ der Regierung nicht der stärkeren, sondern der schwächeren Gruppe überträgt und dies als mit den demokratischen Grundzügen unvereinbar bezeichnet. Auch hier ist nur darauf hinzuweisen, daß es viel undemokratischer wäre, wenn eine nach demokratischen Grundzügen gewählte Regierung vor einer Regierung, die gegen den Willen der Mehrheit des Parlaments zustande kam, zurückweichen müßte. Von einer Reubildung der Regierung kann aber keine Rede sein. Es handelt sich lediglich um die Wahrung der Kontinuität in der Führung der Staatsgeschäfte, die jedem Staatsbürger am Herzen liegen muß. Aus eben diesem Grunde gehen auch die Ausführungen Deerebergs fehl, in denen er die Wahl durch relative Mehrheit fordert, weil „eine Regelung, die die Möglichkeit zuläßt, daß im Endergebnis kein Kandidat als gewählt gilt, unzulässig ist“. Die Folgen der Deereberg'schen Forderungen, der Wahl einer Minderheitsregierung, wäre doch nur, daß diese Regierung, wenn sie das nach Artikel 57 erforderliche Vertrauen des Parlaments nicht besitzt, sofort zurücktreten müßte. Will dann Deereberg auch dieser Regierung das Recht absprechen, die Geschäfte weiterzuführen? Oder sollen seine Grundzüge nur für die derzeitige Regierung der Mitte gelten?

Daß der Ministerpräsident unbedingt der Wahl durch die Mehrheit des Parlaments bedarf, geht auch daraus hervor, daß der preussische Ministerpräsident im Gegensatz zum Reichspräsidenten, wenn der von ihm ernannte Reichskanzler durch das Parlament abgelehnt wird, nicht berechtigt ist, von

sich aus den Landtag auszulösen. Diese Möglichkeit steht in Preußen nur einem besonderen Dreimännerkollegium zu.

Interessant ist, daß nicht nur auf Artikel 57 der preussischen Verfassung hingewiesen wird, sondern auch auf Artikel 17 der Reichsverfassung, die beide inhaltlich das gleiche befehlen. Warum denn Heranziehung der Reichsverfassung? Weil nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landrecht bricht! Es scheinen Pläne zu bestehen, auf jeden Fall im Landtag nach der wie vorauszu sehen gescheiterten Wahl eines neuen Ministerpräsidenten eine zweite — natürlich jeder Rechtsgrundlage entbehrende — Wahl eines Ministerpräsidenten durchzuführen und den, der dann die meisten Stimmen erhalten hat, zum Ministerpräsidenten nach der Art eines mittelalterlichen Gegenpapstes auszurufen. Durch Hinweis auf Artikel 13 der Reichsverfassung soll dann versucht werden, die Amtsübernahme für diesen Prätexten durch das Reich im Wege der Reichsgefektion zu erzwingen!

Diese Blaneschmiede übersehen, daß die Stellen, die über den Einlaß der Reichsgefektion entscheiden, zugleich berufen sind, die Verfassung nach allen Seiten zu wahren, nicht aber sie mißbrauchen zu lassen, wie das dem Machtstreben einzelner Gruppen entspricht.

Der Herr Reichspräsident empfing am Freitag den Reichswirtschaftsminister Dr. Wernsdorf in Abschiedsaudienz.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur bevorstehenden politischen Aussprache im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht, ferner besondere Mißtrauensanträge gegen die Minister Brenner und Stegerwald. Die Reichsparteien haben bisher eine Entscheidung über die Einbringung von Mißtrauensanträgen nicht getroffen; das wird voraussichtlich erst in den Fraktionsitzungen, die am Montag stattfinden, geschehen.

Hungerdemonstrationen in Chemnitz. Größere Trupps von Demonstranten durchzogen Freitag gegen Mittag die Hauptstraße der Stadt mit dem Ruf „Hunger! Vor dem Rathaus griff die Polizei mit dem Gummiknüppel ein und zerstreute die Menge, wobei einige Verhaftungen vorgenommen wurden.

Meekys hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Gouverneur des Remelgebets Meekys hat dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch zugehen lassen.

Staatstheater.

Wedekind: Der Liebestrant.

Wedekinds geistreichste Grotteske wurde wieder aufgeführt. Die Vorstellung, von Jürgen Fehling inszeniert, war pompös, und außerdem heiter und bunt. So blüht der große Erfolg nicht aus. Das Staatstheater holt beinahe nach, was es im Winter veräumt hatte, und es ist augenblicklich doch ohne Oberhaupt. R. H.

Wanderung auf den Havelhöhen Berliner Naturschutzgebiet im Grunewald

Der Grunewald, der bekanntlich der Stadt Berlin gehört, verdient das gleiche Ansehen, den gleichen Ruf zu genießen wie der Londoner Hyde Park, der von manchen Deutschen als das Vorbild einer großstädtischen Grünanlage hingestellt wird. Im Hyde Park kann man über den Rasen gehen und so tun als ob er gar nicht vorhanden wäre. Das können wir im Grunewald auch, ja wir haben im Grunewald einen Natur-Schutzpark, der uns weit größere Freiheiten gestattet, als die berühmte Londoner Parkanlage.

Der Grunewald ist heute wieder der grüne Wald, Helle, im Sonnenschein leuchtende Wiesen, dunkler Wald, dessen Kiefernstämme im Licht des Scheidenden Tages rot leuchten, stille Seen und nicht zuletzt die herrlichen, bis zu 68 Meter über dem Niveau der Havel aufragenden Havelberge geben ihm einen eigenartigen Reiz, der immer wieder gelängen nimmt, wenn man ihn einmal richtig erfährt. Die Stadtbahn bringt uns in kurzer Zeit zum Bahnhof Grunewald, der heute schon an der Peripherie der Weststadt liegt. Unter der Aue führt der Weg hindurch und nun in westlicher Richtung zum Teufelsee. Die Kolonie Eichkamp, die sich weit in den alten Waldbestand vorgeschoben hat, bleibt links liegen. Nach einer Wanderung von etwa 2 Kilometer haben wir den See erreicht, an dessen Nordufer das von allen Naturfreunden mit Mißbehagen betrachtete Wasserwerk aufragt. Lange Zeit waren die Spalten der Berliner Presse mit beweglichen Klagen über das Absinken der Grunewaldseen und die Senkung des Grundwasserpiegels erfüllt, die als eine Folge der Wassererschöpfung der Charlottenburger Wasserwerke eingetretene waren. Gerade am Teufelsee kann man die Verlandungserscheinungen durch Absinken des Wasserpiegels außerordentlich gut beobachten. Ein breites Jensei schließt sich im Westen an den See an, ein breiter Moosgürtel umgibt ihn. Nun wandern wir in südwestlicher Richtung weiter und erreichen den zum Natur-Schutzgebiet erklärten, idyllisch gelegenen Kleinen See. Fast genau südlich vom See liegt und der Barje, den dichtes Unterholz und Gestrüpp umgibt. Hier kann die Natur sich nach Herzenslust entfalten. Berden und Bergehen gestalten sich ohne den Eingriff des Menschen. Urwald bildet sich inmitten gepflegter



Blick von den Havelhöhen auf Schwanenwerder

Forsten. Am Rande dieses Gebietes finden wir die Försterei Saubuch. Von hier erreichen wir nach einem weiteren Weg von etwa einem Kilometer den vom Grunewaldsturm gekrönten Karlsberg. Von der Höhe dieses Wahrzeichens hat man einen herrlichen Blick über das ganze haveldurchflossene Grunewaldgebiet. Im Norden heben sich Spandaus Türme aus der

Ebene, im Westen das dunstüberdeckte Häusermeer Berlins, an dessen Rande das lustige Gebilde des Funkturms aufragt. Im Osten die weite Havelniederung und im Süden schweift der Blick über Schwanenwerder hinweg bis zu den Türmen Potsdams. Am Fuße aber liegt wie ein Kleinod das oft von der Gewalt der Havelwasser hart bedrängte Elend Lindwerder, das eine in heißen Tagen gern besuchte Gaststätte beherbergt. Nun wandern wir auf den Havelhöhen in südlicher Richtung zur großen Steinlücke, an der auch das berühmte „Große Fenster“ liegt. Immer werden uns wechselnde, prächtige Landschaftsbilder begegnen.

Wer rechtzeitig aufbricht, kann den Freibad Wannsee einen Besuch abstatten und sich im Anschluß an die Wanderung in den Finten des Großen Wannsees erquicken. Von dem etwa eine Viertelstunde entfernten Bahnhof Nikolassee treten wir die Heimfahrt an. Gesamtstrecke: 12 bis 13 Kilometer.

Befehl. Bei der Nachforschung seiner Personalien ergab sich, daß er noch nicht vorbestraft ist. Das Geständnis enthält in vielen Punkten offensichtliche Unwahrheiten, die noch der Klärung bedürfen.

Feuer im New-Yorker Hafen. Cunard-Pier mit Lagerschuppen vernichtet.

New York, 6. Mai.

Ein Riesenseuer vernichtete am heutigen Freitag die Cunard-Pier am Northriver im Hafen von New York. Die Pier ist der Land- und Vöschplatz für die Dampfer der englischen Cunard-Linie. Ein Massenangebot der Feuerwehr bekämpfte die Feuerbrunst von der Land-, sowohl wie von der Wasserseite aus, jedoch vergebens. Die von dem brodelnden Feuermeer entwickelte Hitze war so ungeheuer, daß auf den benachbarten Piers alle Fenster zerbrachen. Auf der gesamten Wasserfront mußte der Verkehr völlig abgeperrt werden. Zahlreiche Feuerwehrleute sind verletzt worden. Die Lagerschuppen mit ihrem wertvollen Inhalt wurden vollständig vernichtet.

Nach einer späteren Meldung konnte das Feuer trotz wehrständiger Bemühungen einer großen Anzahl von Feuerwehrmann bisher nicht eingedämmt werden. Das Feuer dröhnt auf den benachbarten Pier, dessen Wert ebenfalls auf etwa 2 Millionen Dollar geschätzt wird, überzuliegen. Man befürchtet, daß der auf Holzpfählen ruhende Cunard-Pier einstürzt. Schwere Rauchwolken verdunkeln in weitem Umkreis die Umgebung der Brandstätte. Zwanzig Feuerwehrleute erlitten Rauchvergiftungen.

Drei Todesopfer des Verkehrs. Schwerer Zusammenstoß in Lichtenrade.

Auf der Kreuzung Berliner- und Potsdamer Straße in Lichtenrade ereignete sich gestern Abend ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Privatauto und einem Motorrad mit Beiwagen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Eine noch unbekannt Frau, die im Beiwagen saß, wurde auf der Stelle getötet. Der Führer desrades, Friedrich Bude aus der Bahnstraße 22 in Schöneberg, sowie eine weitere Begleiterin, Frau Anna Schmidt aus der Haderstraße 8 in Friedenau, wurden mit schweren Verletzungen ins Tempelhofer Krankenhaus gebracht. — In der Drakestraße in Lichterfelde fuhr ein Lastauto gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Ein Passant, der 31 Jahre alte Max Birckholz aus der Mulackstr. 2 in Berlin, wurde von dem Wagen erfaßt und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Der Führer des Autos, ein 25 Jahre alter Walter Rehberg aus der Sellenstraße, wurde mit erheblichen Verletzungen ins Vinzenz-Krankenhaus gebracht. — Der dritte tödliche Unfall ereignete sich in der Friedrich-Wilhelm-Straße in Tempelhof zu, wo ein Radfahrer, dessen Personalien bisher nicht feststehen, von einem Lastauto tot gefahren wurde.

Geborstene Nazifäulen.

Treptower Stadtschreiber wegen Betrugs entlassen.

Bei den Treptower Nationalsozialisten war der Stadtschreiber Gläser besonders angezogen. Jetzt ist er wegen Betruges und Untreue im Amt stricklos entlassen worden.

Stadtschreiber Gläser war im Wohlfahrtsamt des Bezirks Treptow tätig. Er benutzte seine Stellung dazu, um eine von ihm zu betreuende Wohlfahrtsempfängerin um 800 Mark zu prellen und dann zur Deckung der Schuld einen Betrugsversuch an der Bezirksverwaltung zu verüben. Er hatte sich nämlich privatim 800 Mark von der Frau geborgt und suchte dann die Schuld dadurch abzudecken, daß er die Wohlfahrtsunterstützung der betreffenden Frau eigenmächtig erhöhte. Er leistete also Ratenzahlungen auf Kosten der Stadt. Außerdem soll er auch bei Aufnahme von Nachlässen von verstorbenen Wohlfahrtsempfängern Unterschleifen verübt haben. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Betrugsaffäre befaßt. Interessant ist, daß die Propheten des Dritten Reiches ausgerechnet im Stadtschreiber Gläser den kommenden Bürgermeister von Treptow sahen.

In Treptow barst auch noch eine zweite Nazifäule: Ein halbkreisförmiger Angestellter, der eine Wohlfahrtsempfängerin, die dienstlich auf ihn angewiesen war, anborgte, wurde gemahregelt und entlassen.

Das „Dritte Reich“, das freilich niemals kommt, würde die Wohlfahrtsempfänger herrlichen Zeiten entgegenführen.

Das Lustbad des Ostens in Friedrichshagen wird am Sonntag, dem 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, mit einem Vortrag eröffnet werden, wozu jedermann bei freiem Eintritt willkommen ist. — Konrektor G. Schönberg spricht über das Thema: „Sonne von außen — Sonne von innen.“

Moabiter Raubmörder verhaftet. 17-jähriger brauchte Geld für Wanderausrüstung.

Der Mordkommission ist es schnell gelungen, den Doppelmord an dem greifen Ehepaar Baars aus der Erasmusstraße 5 in Moabit aufzuklären. Der Verdacht war auf einen jungen Mann, den noch nicht ganz 17-jährigen Ernst Waldow aus der Verlichtingstraße 17 in Charlottenburg gefallen, der seit dem Mordtage aus Berlin verschwunden war. Am Himmelfahrtstage wurde der Bursche in einer Ortshaus der Cyprienstraße ergriffen und nach Berlin gebracht. Gestern Abend hat Waldow gestanden, das Hausbesitzerchepaar mit dem Beil erschlagen zu haben. Er hat die Tat zweifellos begangen, um sich die Mittel für eine Wanderausrüstung zu beschaffen.

Die Mordtat des Siebzehnjährigen erinnert an den Mord an dem Kaufmann, der vor einigen Wochen im Hauskur in der Wilschstraße erschossen und beraubt wurde. Auch in diesem Falle waren die Täter zwei junge Leute, die Geld für eine Wanderausrüstung brauchten und dabei nicht vor einem Mord zurückschreckten. Bei Waldow scheinen ähnliche Motive eine Rolle gespielt zu haben. Nach seinem Geständnis, das er unter der Wucht des gegen ihn vorgetragenen Beweismaterials nach anfänglichem horrigem Leugnen ablegte, brauchte er Geld, um sich eine Sportausrüstung zu kaufen, da er in die Provinz hinaus wollte. Wie er erzählt, sei er am Montag, dem Mordtage, gegen 14 Uhr zu den Eheleuten Baars hinaufgegangen und es sei ihm ohne weiteres Einlaß gewährt worden, da er früher dem Hauswirt bei Tischler- und Malerarbeiten geholfen hatte. Den alten Leuten war Waldow kein Unbekannter und ahnungslos ließ man ihn in die Wohnung. Waldow behauptet

nun, daß er einen Teil seines Lohns, den er von Baars zu fordern hatte, stehen gelassen habe, um sich einen Spargroschen zu schaffen. Dieses Geld wollte er sich nun abholen. Er will von Baars 50 M. verlangt haben, die ihm auch ausgehändigt wurden. Mit dem Gelde ging er in ein nahegelegenes Sportausrüstungsgeschäft, wo er für 60 M. kaufte. Da er nun, nach seinen Angaben, ohne Mittel war, wollte er sich auch seine angebliche Reifforderung von 85 M. von Baars auszahlen lassen. Er ging darauf nochmals nach der Erasmusstraße, Baars soll sich aber gemweigert haben, weiteres Geld herzugeben. Darüber sei es zu einem Streit gekommen. In größter Wut sei er, Waldow, in eine Kumpellammer geeilt, habe ein Beil ergriffen und erst auf Baars und dann auf dessen Frau eingeschlagen. Nach der Tat habe er sich zunächst von den Blutflecken gereinigt und aus einem Behältnis 85 M. entnommen.

Nach der Tat ging der Mörder in ein Geschäft und erstand dort eine Ziehharmonika und ein Dolchmesser. Dann verschwand er aus Berlin. Aus dem Hause seiner Stiefelster, bei denen er wohnte, war der junge Bursche längst verschwunden, man suchte alle Lokale in der Nähe ab, fand ihn aber nicht. Bis er am Donnerstag in einer Jugendherberge in der Nähe von Wittstock aufgetöbert und festgenommen wurde. In den Räumen der Mordinspektion begann dann sein Verhör, das Kriminalrat Gennat vornahm. Der Bursche zeigte zunächst ein freches Auftreten und bestritt die ihm zur Last gelegte schauerliche Tat. Bis sein Geständnis kam. In den späten Nachmittagsstunden schilderte er den Verlauf des Verbrechens. Der Bursche ist etwa 1,60 Meter groß, breitschultrig, hat dunkelblondes langes Haar und schmales

1. neue Packung

2. stärkeres Format

3. herabgesetzter Preis

GOLD SABA

CIGARETTEN in Gold

Dank der neuen luftdichten Humidor-Handler-Packung ist „Gold Saba“ immer

so mild • so frisch • und aromatisch.

Extra starkes Ägypter-Format

entspricht dem Charakter dieser Mischung und besonders dem Geschmack der Berliner.

Statt 4 Pf. jetzt 3 1/3 Pf.

Sklarek-Prozess am Ende.

Mittwoch Beginn der Anklagereden.

Die Hoffnung, daß die Beweisaufnahme im Sklarek-Prozess am gestrigen Freitag endgültig geschlossen werden konnte, hat sich nicht erfüllt, da die Vernehmung des Sachverständigen Geheimrat Moll sich außerordentlich lange hinzog und mehrere Zeugen deshalb am Montag gehört werden müssen. Allerdings steht fest, daß an diesem Tage die Beweisaufnahme zu Ende geht und am Mittwoch die Anklagereden der Staatsanwaltschaft beginnen werden.

Oberstaatsanwalt Freiherr v. Steinwäcker wird zuerst eine Grundlage durch die Erörterung des Allgemeinen geben, worauf Staatsanwaltschaftsrat Weichenberg die Straftaten der einzelnen Angeklagten mit Ausnahme der Stadthanddirektoren und der beiden Buchhalter Lehmann und Tuch erörtern wird, die Staatsanwaltschaftsrat Jäger vorbehalten bleiben. Die Zusammenfassung der Anklagerede wird dann wiederum Oberstaatsanwalt Freih. v. Steinwäcker, der auf das Strafmaß eingehen und die Anträge stellen wird. Nach den bisherigen Dispositionen wird die Anklagerede fünf Verhandlungstage in Anspruch nehmen, so daß also die Anträge Freitag nach Pfingsten zu erwarten sind. Das Urteil ist nach den bisherigen Schätzungen frühestens Mitte Juni zu erwarten.

Krawall im Arbeitsamt Nord.

Im Arbeitsamt Nord in Pantow in der Stadlstraße 29 drangen gestern etwa 30 Arbeitslose in das Zimmer des Direktors ein, angeblich, um ihn wegen eines im Hofe des Arbeitsamts gestohlenen Fahrrades zur Rede zu stellen. Den Tumultanten kam es offenbar nur darauf an, Krawall zu machen. Direktor Kunze erklärte den Leuten, daß er nicht mit ihnen allein verhandeln könne. Als er den Telephonhörer ergriff, schrie einer der Eindringlinge: „Er ruft die Polizei!“, worauf der Telephonapparat auf die Erde geworfen wurde. Schließlich verzogen sich die Leute wieder und als das Ueberfallkommando kam, wurden sie verfolgt, in der Meinung, sie wollten ihre beendete Aktion erst beginnen. Fahrraddiebstähle sind dem Amt noch nicht gemeldet worden; es sind Ständer vorhanden, um die Räder anzuschließen.

Nostrif der Stadt Brandenburg.

Im Anschluß an eine Besichtigung der neuen Brandenburger Straßenbahn lud der Magistrat Brandenburg Berliner Pressevertreter zu einer Aussprache ein. Der Zufall wollte es, daß der Bürgermeister Syllat sich gerade an diesem Tage in Berlin zu einer entscheidenden Besprechung aufhielt, die der Wiederaufnahme des für die Stadt Brandenburg lebensnotwendigen Betriebes der Brennaborwerke galt. Der stellvertretende Bürgermeister, der Stadtdirektor Dr. Erbs, knüpfte an diese Tatsache an, um zu zeigen, in welcher unglücklichen Notlage sich die Stadt Brandenburg gerade wegen der Stilllegung der Brennaborwerke befindet. Von den 64 000 Einwohnern leben fast 36 000 von öffentlichen Mitteln. Nur eine deutsche Stadt, nämlich Offenbach, weist eine ähnliche große Erwerbslosigkeit auf. Die Wiederinbetriebsetzung der Brennaborwerke wird somit zu einer unbedingten Notwendigkeit für die Stadt Brandenburg. Sollten, wider Erwarten, Schwierigkeiten entstehen, so schloß der stellvertretende Bürgermeister, so müßten sich Wirtschaftsnöte ergeben, die kaum zu meistern wären.

Fahrtpreisermäßigung für Erwerbslose.

Der Minister für Volkswohlfahrt macht in einem Erlass an die Regierungspräsidenten auf die Befreiung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an die Reichsbahndirektionen aufmerksam, nach der den Teilnehmern an solchen Erwerbslosen-Kursen, die von den Arbeitsämtern auf Grund des § 137 des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 eingerichtet sind, die Fahrpreisermäßigung der Schülerrückfahrkarten (50 Proz.) zugänglich gemacht werden soll. Ferner teilt der Erlass mit, daß der Preussische Minister für Volkswohlfahrt mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wegen Erweiterung dieser Bestimmungen

Auch ein „Aufbruch“.

Vertrauliches über die Berliner Nazis.

Vor uns liegt ein Blatt, das eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Es nennt sich „Der Aufbruch“, wird vom Presseamt der Nationalsozialisten herausgegeben und ist ein Mitteilungsblatt für die Funktionäre des Berliner Faschismus. Da aber allerhand Interessantes in ihm zu lesen steht, wollen wir der Öffentlichkeit einige Kostproben bieten.

Der „Angriff“ des Herrn Goebbels brüllte nach allen Wahlen der letzten zwei Monate von Sieg, Sieg und wieder Sieg. Im „Aufbruch“ kann man es anders lesen. Da heißt es:

„Die SPD hat wieder neue Reserven heranzubringen können, und es ist ihr sogar möglich gewesen, in Berlin einen Stimmenzuwachs gegenüber der Reichstagswahl zu erzielen... Feststehende Tatsache ist, daß im wesentlichen diese Reserven aus den Betrieben herausgeholt worden sind. An dieser Stelle müssen wir also in stärkerem Umfang als bisher mit unserer Aufklärungsarbeit wieder einsehen.“

Berliner Arbeiter, aufgepaßt! Rassistwindler sind im Anmarsch! Die bis jetzt schwer blamierte „Hib“-Aktion wird neu aufgelegt.

Im übrigen aber führt man sich in diesem auf die Berliner Profetiarier zugeschnittenen Funktionärsblatt sehr sozialistisch auf. So, man liest sogar die Blasphemie von einem „sozialistischen Glaubensbekenntnis“. Von dem Besuch bei den Großindustriellen in Düsseldorf und bei den Großrednern in Hamburg wird den Berliner Arbeitern nichts verraten. Die monarchistisch reaktionären Wähler Hitlers aus dem Berliner Bürgertum wird es übrigens interessieren, daß nach einer Feststellung des „Aufbruch“ den Arbeitern das Vaterland „einmal im monarchistischen System unter liebevoller Aufsicht des deutschen Bürgertums gestohlen worden war“.

Den evangelischen Pfarrern in Berlin, die nationalsozialistisch gemahnt haben, sei dieser Satz hinter den Spiegel gesteckt: „Die evangelische Kirche ist ferner aus ihrer falschen Einstellung heraus international und nicht vaterländisch.“

Mit welchen dicken Fingern aber aufgetragen wird, das zeigt ein Zitat aus einem Artikel „Die Frau und die Arbeitsdienstpflcht“.

Die Tochter des Großindustriellen wird mit dem Arbeiterkind der Hinterhöfe, die Landbewohnerin mit der Städterin Seite

an Seite gestellt und manateltung den gleichartigen Lebens- und Arbeitsbedingungen unterworfen.

Wie wir hierzu zuverlässig erfahren, sollen sich neben den jungen Böhmerinnen der Nazis aus dem Berliner Westen die Prinzessinnen aus den Hitler befreundeten fürstlichen Häusern besonders heiß nach der Arbeitsdienstpflcht des Dritten Reiches sehnen.

Wenn übrigens die Berliner es noch nicht wissen, so sei ihnen mitgeteilt, daß wir in einem Kriege leben. Eine ganzseitige Balkenüberschrift verkündet nämlich für Treptow, Reinickow, Tempelhof usw. in dicken Lettern: Frontabschnitt Süden.

Hakenkreuz-Ruhstörer auch in Fängschleuse.

Eine schwere Schlägerei spielte sich vorgestern zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Fängschleuse bei Erkner ab. In dem bekannten Ausflugsort trafen kurz nach 14 Uhr etwa 800 Nationalsozialisten ein, die sich in Fängschleuse auf mehrere Lokale verteilten. Ein Trupp Hakenkreuzler wollte sich im Restaurant von Walz niederlassen, wo sich bereits ein kommunistischer Verein befand. Eine Schallmeintkapelle ließ auch dem Unwissendsten erkennen, daß es sich um eine kommunistische Kapelle handelte, ein Umstand, der die verantwortlichen Führer der Nazis unbedingt hätte veranlassen müssen, das Lokal zu meiden. Statt dessen trafen immer mehr Nationalsozialisten ein, die bald den Garten anfüllten, und es dauerte denn auch nicht lange, bis es zwischen den Links- und Rechtsradikalen zu Streitigkeiten kam, die bald in Tätlichkeiten ausarteten. Die Hakenkreuzler erhielten Verstärkung und es entspann sich eine regelrechte „Schlacht“, bei der mit Bierseiden, Kaffeetassen und Schottersteinen „gekämpft“ wurde. Die Veranda des Restaurants Walz wurde völlig demoliert. Als die Landjäger von Grünheide und Umgebung eingriffen und die Gegner auseinanderbrachten, hatten acht Personen, darunter sechs Kommunisten, Verletzungen erlitten. Arbeiterkamerader gaben den Verletzten erste Hilfe. Festnahmen konnten nicht vorgenommen werden, da die Gegner beim Erscheinen der Polizei das Weite gesucht hatten.

zugunsten der Teilnehmer an solchen Erwerbslosenlehrgängen in Verbindung getreten ist, die von staatlichen Stellen, von Kommunen oder von Vereinen und Verbänden, die der staatlich organisierten Jugendpflege angehören, abgehalten werden.

Kind im Scherz erschossen.

Eine Schußwaffe ist immer geladen.

Brüg in Böhmen, 6. Mai.

In Bröhn weilt ein fünfjähriger Knabe zu Besuch und weigerte sich, eine Speise zu essen. Da richtete im Scherz der 19jährige Friseurlehrling Josef Gütler eine alte Pistole auf das Kind und sagte: „Wenn du nicht isst, werde ich schießen.“ Er glaubte die Waffe ungeladen und als er zum erstenmal abzog, erfolgte auch kein Schuß. Auf den zweiten Abzug entlud sich die Waffe und das fünfjährige Kind brach, in den Kopf getroffen, tot zusammen.

Zum Tode Hermann Abrahams.

Oberbürgermeister Dr. Sahm hat anlässlich des Ablebens Hermann Abrahams, des Begründers des Vereins für Kinderwelfare, folgendes Beileidstelegramm an Frau Abraham geschickt: „Zum Hinscheiden Ihres Herrn Gemahl herzliches Beileid. Seine großen Verdienste für Spelzung und Erholung der Kinder werden im Herzen der Berliner Bürgerschaft unvergessen bleiben. Ein dauerndes ehrenvolles Andenken ist dem teuren Entschlafenen

für.“ An der Beisetzung Hermann Abrahams, die gestern mittag auf dem Jüdischen Friedhof in Weissensee stattfindet, nahm als Vertreter des Oberbürgermeisters Stadtrat Wutzky teil.

Dunkel um Familientragödie.

Drei Tote, ein Schwerverletzter.

Gelsenkirchen, 6. Mai. (Eigenbericht.)

Am Donnerstagnachmittag wurden in einem Geschäftshaus in der Bahnhofstraße vier Personen in ihrem Blute liegend aufgefunden. Es sind der Geschäftsinhaber Hartwig Cohn, mit mehreren Kopfschüssen, ein 11jähriger Knabe Winzheimer, sein Bruder Gerl und der Vater der Kinder, der ebenfalls mehrere Kopfschüsse erhalten hat. Die beiden Kinder sind inzwischen gestorben.

Der vermutliche Täter dürfte der Kaufmann Hartwig Cohn sein, der voraussichtlich am Leben bleiben wird. Ueber das Motiv der Tat und darüber, wie die Familie Winzheimer in das Haus gekommen ist, schwebt zur Zeit noch völliges Dunkel. Die einzige Zeugin der Tat, Frau Winzheimer, ist infolge eines Nervenzusammenbruchs vorläufig noch vernehmungsunfähig.

Sein 75jähriges Dienstjubiläum feiert heute Herr Paul Grödel, Verkaufser bei der Firma Georg Stille, Verlagshandlung, Berlin NW 7.



Und selbst, wenn Husiens Ablehnung wahr sein sollte und er selber, seine Person andertreffend, arm ist wie eine Kirchenmaus, das eine Reht fest und läßt sich nicht widerlegen: die vom böhmischen Adel könnten ihn jederzeit lösen; denn die haben Goldes genug und sind seine Freunde. Soviel weiß man.

Tod dagegen schließt alle Zwischenfälle aus, mögen sie kommen, woher sie wollen.

Alles Gold der Welt kann einen toten Menschen nicht mehr lebendig machen.

Tod ist der Schlusstrich!

Tod bereinigt.

Tod mäht ab und schafft ebenmäßige Fläche!

Tod stillt jegliche Unruhe!

Tod ordnet mit einem Schlag alle Verwirrung!

Die ausgeschüttete Zunge rede und lästert nicht mehr!

Die ausgerodete und durch Feuer vernichtete Wurzel trägt fürderhin nicht mehr giftige Frucht!

Also Scheiterhaufen! Fressendes Feuer! Vereinigender Brand!

Damit ist der Spruch über Hus zum voraus gefällt.

Mag morgen in der öffentlichen Sitzung vorfallen, was will: Der Endspruch zur Ausrottung des Kezers aus dem Ritterschloß der Kirche, seine Ueberantwortung an den weltlichen Arm und sein darauffolgender Feuerstich muß durchgehen und wird auch durchgehen!

Der erdrückenden Mehrheit der Stimmen sind die Drahtzieher sicher. So sicher sogar, daß sie bereits an den hochmögenden Herrn Johann von Schwarzach, Bürgermeister der guten und getreuen Stadt Konstanz, Anweisung haben erteilen lassen, auf den morgigen Tag zur Verbrennung des Kezers einen Nachrichtler zu bestellen. Doch nicht den ersten ergeben lassen, auf den morgigen Tag zur Verbrennung des Brandpfahls wahlbewandert.

Der Wahrheit die Ehre, Herr Johann von Schwarzach, sonst ein folgemes und unterwürdiges Kind der Kirche, ist

nicht besonders erbaud von diesem Auftrag, den ein bischöflicher Käufer bringt.

Mit einem Kernspruch wirft der sonst so gemessene und zurückhaltende, peinlich auf die Wahrung äußerer Formen bedachte Bürgermeister sein Amtsröhr in die Luft.

Es ist Kraft in dem Wort, eine volle Ladung herausgebligter Zorn. Darum knallt das Rohr dermaßen laut gegen die Vertäfelung, als ob eine vom Zundel angebrannte Arkebuse losdonnere.

Von diesem unerwarteten Krach erschreckt, zieht der bischöfliche Käufer das magere Genick ein, das aus dem Wappenswams herausragt, macht auf der Stelle kehrt und verschwindet ohne Abschied und ohne Rückfrage ins Treppenhäus, während vom Nebenaal her eine Tür aufgeht und drei Mitglieder des Kleinen Rats ihre Gesichter bereinstrecken, voller Neugier, was es beim Bürgermeister an Streit und lauter Auseinandersetzung gebe.

Sie sind daher daß erstaunt, niemanden weiter im Zimmer zu sehen, als nur ihren Herrn Johann, der wie ein Kofender im Fenster hin- und herrennt, dazwischen wieder stehenbleibt, mit den Füßen aufstampft und an seinem zottigen Bart zieht, als ob er das krause Gewächs, das wie ein schwarzer Vorhang einen mächtigen Kropf verhängt, mit Gewalt vom Kinn und von den fleischigen Backen herunterreißen wolle.

„Hab ich's nicht immer gesagt“, schreit er aus seinem dampfenden Zorn heraus die drei Eintretenden an, „das heilige Konzilium dringt noch das ganze Gemeinwesen zuschanden!“

„Was gibst's denn?“

„Was es gibt?“ öfft der Bürgermeister die Fisteistimme des fragenden Ratsherrn nach. „Da, schau dir selber den Griesel, mit dem uns das Schreiberooff der Väter vor den Latenbauch tritt!“

Der Angeredete, der ehrenfeste, fürsichtige und fromme Herr Heinrich Ehinger, seines Zeichens Händler in Weinen, eichenen Dauben und sonstigen Fagholz, nimmt den pergamentenen Fettel, der zerknittert auf der Tischplatte liegt. Sorgfältig streicht er ihn glatt, liest, lautlos die schmalen Lippen bewegend, und gibt ihn, als er damit fertig ist, in eine der beiden haarigen Hände, die sich ihm gleichzeitig entgegenstrecken. Dann wendet er sich zu Herrn Johann, der noch immer im Fenster hin- und herläuft und solchermäßen seinen Zorn vertritt und sagt: „Ich verstehe deine Aufregung nicht, Bürgermeister! Was bringt dich so in Harnisch bei dieser Geschichte? Du bist doch dem Böhmen, den morgen die

Schwarte gefengt werden soll, weder verpispt, noch verwandt, noch verschwägert oder verwettert!“

„Rein, freilich, das bin ich nicht!“ schnaubt der von Schwarzach, wiederum mit beiden Fäusten gewaltfam am schwarzen Bart zupfend und sich von neuem in Schreiporn steigend. „Aber ich bin von Amis wegen, wenigstens noch bis zum nächsten Dreikönigstag, unserem Stadtsäckel verpispt, verwandt, verschwägert, verwettert.“

„Was kostet denn die Bestallung des Henkers?“

„Gradaus zwei Gulden rheinisch.“

„Bürgermeister, den Aderlah wird der Stadtsäckel noch verkräften können!“

„Wenn's nur die zwei Gulden wären, Ehinger, die gab ich gern aus Eigenem, schon aus Froheit darüber, mit dem Böhmen nichts mehr zu tun zu haben. Denn sein Prozeß hat mächtig viel Staub aufgewirbelt und unserm guten Rufe geschadet, als seien wir hier oben am See ein Bad der Klümmere und Keher. Aber mit zwei Gulden ist das Dings nicht aus der Welt geschafft. Es kostet das Gemeinwesen viel viel mehr. Wenn's gut geht, an die zweihundertmal zwei Gulden!“

Bündrich, der Junstmeister der Biersieder, der bisher zugehört hat, den Bullentopf stößig schief zur Achsel gehalten, bläzt die Lippen und zeigt die obere Zahnreihe:

„Du redest in Käselein, Bürgermeister!“

„So, in Käselein? Glaubt ihr, es sei alleinig mit dem Sold für den Nachrichtler und seine Knechte getan? Mit der Kussag für Holz, Bech und Schwefel? Hä? Und wer zahlt die Kosten für das gewappnet Geleit zum Brühl hinaus? Hä? Wer zahlt die Kosten für die Absperrung, daß uns das gaffend, Maulaffen teilhaltend Volk nicht die vorgeschriebene Ordnung zerreiht? Hä? Wer trägt die Kosten für die Verstärkung der Torwachen? Hä? Wer die Kosten für die Absperrung an der Hofenseite? Hä? Glaubt ihr etwa, die Verbrennung des Hus sei eine Kinderleiche, und es gürten nur der Kindspater und die Hebamme hinter der Lode her? Hä? Nein, ich sag euch, da werden sie anrücken in ganzen Jügen, toller als bei der Herrschaftsmacht oder beim Umzug der Hendaflonker am Schmuggigen Dummstag; denn es brogelt diesmal keine safranigen Kuchlein im Feit, nein, es brogelt ein lebendiger Mensch darin, und da rennt die heillose Bande! Sagt selber, ist's nicht so? Das Trauerspiel kostet Geld, mehr als der verrückteste Karrenanwarich! Ich könnt' euch noch zehnerlei Ausgabeposten daherausagen, wenn's mehr Gehält verlitte. Aber ich muß mich hinlegen, sonst haut mich der Schlag, so arg hat mich der Gedanke an die vermaledeiten Kosten erregt!“ (Fortsetzung folgt.)

Die Ostsiedlung als Aufbauwerk.

Die Bedeutung für die Arbeitsbeschaffung. — Von Staatssekretär Dr. Krüger.

Staatssekretär Krüger hat uns seinen Rundfunkvortrag „Die wirtschaftliche Bedeutung der Siedlung für den deutschen Osten“ zur Verfügung gestellt, dem wir folgende, sachlich bedeutungsvollen Ausführungen entnehmen.

Betrachtet man die Arbeitsbeschaffung als das wichtigste Problem zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung des deutschen Volkes, so kann die ländliche Siedlung im Osten unter diesen Gesichtspunkten ganz besondere Bedeutung beanspruchen. Sie schafft einmal dauernde Arbeitsgelegenheit für die Angesiedelten und die mit ihnen in Gütertausch tretenden Kreise. Sie schafft außerdem vorübergehende Arbeit bei der Anlage der Siedlungen. Die Reichsregierung erwartet, daß auf Hunderttausenden von Morgen in den Ostprovinzen die Wirtschaft in der bisherigen Form der Großbetriebe nicht weitergeführt werden kann. Diese Ländereien dürfen aber im Interesse der deutschen Volksernährung nicht aus der Produktion herausfallen. Andererseits

lehen sich in den östlichen Provinzen weit über 100 000 erwerbslose Landarbeiter nach Arbeit —

tüchtige Arbeiter, die aus dem Osten stammen, die die östlichen Verhältnisse kennen, die Landarbeit gewohnt sind, und die ausgezeichnete Siedlerqualitäten sind. Groß ist auch die Zahl der Anwärter aus bäuerlichen Kreisen, insbesondere von nachgeborenen Bauernjungen, denen die Entwicklung der letzten Zeit die früher mögliche Unterkunft in anderen Berufen versperrt. Dazu kommen noch — nach sorgfältiger Auswahl — viele Tausende von Erwerbslosen in den Industriegebieten. Diese Arbeitskräfte liegen brach — ebenso wie die zwei Millionen Morgen brach zu liegen drohen, die nicht saniert werden können.

Es ist zweifellos eine Aufgabe allerersten Ranges, hier den Boden und die Arbeitskräfte zusammenzubringen. Das kann aber nur im Wege der Siedlung geschehen. Denn die bisherigen Großbetriebe können, selbst wenn man sie erhalten wollte — das zeigt die bisherige Entwicklung —, diese Erwerbslosen nicht wieder aufnehmen. Wir können diesen Menschen nur im Wege der Siedlung Arbeit und Brot schaffen. Das ist auch möglich. Denn wie die Berufs- und Betriebszählungen deutlich bewiesen haben,

beschäftigen die Klein- und Mittelbetriebe erheblich mehr Arbeitskräfte auf demselben Areal wie die Großbetriebe.

So waren auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche berechnet im Jahre 1907 in den östlichen Großbetrieben über 100 Hektar im Durchschnitt 11,7 ständige Arbeitskräfte tätig und im Jahre 1925 16,1, heute sind es wahrscheinlich weniger. Dagegen wurden in den östlichen Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben von 2 bis 5 Hektar und 5 bis 20 Hektar — auf 100 Hektar berechnet — im Jahre 1907 33,2 bzw. 29,2 ständige Arbeitskräfte beschäftigt und im Jahre 1925 sogar 73,6 bzw. 37,1 ständige Arbeitskräfte, also bei den Kleinbäuerlichen Betrieben etwa vier- bis fünfmal so viel als in den Großbetrieben.

Aber auch noch andere wirtschaftliche Gesichtspunkte rechtfertigen die landwirtschaftliche Siedlung. Einmal müssen wir unsere landwirtschaftliche Erzeugung vermehren, damit der Zwang zur Einfuhr von Nahrungsmitteln geringer wird, und andererseits die Industrie im Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte mehr von ihren Erzeugnissen auf dem gesicherten Inlandsmarkt absetzen kann. Gerade dieses Ziel ist am besten im Wege der ländlichen Siedlung zu erreichen; denn alle vergleichbaren Statistiken zeigen uns, daß die Erträge sowohl im Ackerbau wie in der Viehzucht nach Durchführung der Siedlung in den neuen Kolonien, verglichen mit dem Ertrage auf dem Gute vor der Aufstellung gestiegen sind. Und die Vermehrung der kleinen und mittleren Bauernstellen ist auch deswegen von besonderer Bedeutung, weil diese vornehmlich die Produkte erzeugen, von denen wir auch in den letzten Jahren noch einen verhältnismäßig starken Einfuhrüberschuß gehabt haben, nämlich Fleisch, Milch, Wollereierzeugnisse, Obst, Gemüse und Eier.

Daneben ist die richtig durchgeführte Siedlung im Osten

ein wichtiges Glied in den Maßnahmen zur Rationalisierung der östlichen Landwirtschaft.

Das Bestreben der Behörden und Siedlungsträger geht dahin, die einzelne Siedlung so einzurichten, daß sie technisch trotz aller gebotenen Sparsamkeit eine zweckmäßige und rentable Produktionsstelle darstellt. Bei der Durchführung der Siedlung wird ferner besonderer Wert auf die Regelung der Absatzverhältnisse gelegt, insbesondere auf den Anschluß an Absatzgenossenschaften und auf die Gründung neuer Genossenschaften, wo solche noch nicht bestehen. Man darf ferner davon ausgehen, daß die Siedler, die sich nach dem Erwerb einer eigenen Scholle drängen, die Elite unter den Landarbeitern und Bauern darstellen, daß also der Boden in die Hände zuverlässiger, aufstrebender Landwirte gerät. Dazu kommt, daß die Siedler durch besonders ausgeglichene und befähigte Landwirte über die zweckmäßige Gestaltung ihres Betriebes und den Absatz ihrer Produkte beraten werden. Alle diese Maßnahmen müssen sich im Laufe der Jahre im Sinne der Rationalisierung der Landwirtschaft auswirken, deren sie dringend bedarf.

Uebrigens schafft die ländliche Siedlung nicht nur vermehrte Arbeitsgelegenheit auf landwirtschaftlichem Gebiete. Sie

regt vielmehr auch Handwerk und Industrie in erheblichem Umfange an.

Das gilt besonders für die Errichtung der Siedlung. Bei der Anlage neuer Siedlungen müssen zunächst Wohn- und Wirtschaftsräume für die einzelnen Siedler geschaffen werden. Man hat früher in der Hauptsache Neubauten errichtet, und wenn in Preußen in den Jahren 1924 bis 1930 an Anfaufs-, Nachweisungs- und Einrichtungskrediten sowie an Hauszinssteuerhypotheken für die ländliche Siedlung insgesamt 388 Millionen Mark aus Reichs- und Landesmitteln auf-

gewendet worden sind, so sind diese Beträge hauptsächlich für Neubau- und Umbauten verwendet.

Nach einer Veröffentlichung der Deutschen Bauernschaft sind z. B. in den Jahren 1928 und 1929 bei der Aufstellung von vier Siedlungsgütern 245 Stellen angelegt, davon 153 Neubauten und 90 Umbauten. Diese Bauten erforderten rund 130 000 Arbeitstage, d. h. also, daß bei einem Arbeitsjahr von 300 Tagen 435 Arbeiter für 1 Jahr beschäftigt sind. Damit würden auf die Stelle im Durchschnitt 530 Arbeitstage entfallen sein. Im Jahre 1930 sind in Preußen fast 10 000 Stellen neu errichtet. Versucht man danach den gesamten Arbeitsaufwand auf der Grundlage der Berechnung der deutschen Bauernschaft zu schätzen, so wäre das eine Gesamtleistung von 5 300 000 Arbeitstagen.

Für die Gegenwart kann man diese Zahlen allerdings nicht ohne weiteres übernehmen, weil heute, um die Kosten für die einzelne Siedlerstelle so niedrig wie möglich zu halten, erheblich mehr Siedlerstellen durch Umbau der alten Gebäude gewonnen werden und damit der Anteil der Neubauten, deren Kosten übrigens auch herabgedrückt sind, entsprechend zurücksteht. Während man früher (1928) im Durchschnitt für Neubauten und Umbauten zusammen für die Stelle vielleicht 15 000 bis 16 000 M. rechnen konnte, kann man heute mit einem Betrage von 6000 bis 7000 M. auskommen. Das würde aber wahrscheinlich durch die jetzt beabsichtigte Steigerung der Siedlungstätigkeit mehr als ausgeglichen. Daher dürften, wenn die Pläne der Reichsregierung durchgeführt werden, erheblich mehr Arbeitstage erforderlich werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Siedlung erlischt aber nicht mit der Beendigung des Siedlungsprozesses. Obwohl der Grund und Boden nach der Siedlung mehr Menschen trägt und deshalb auch mehr Menschen zu ernähren hat, kommen trotzdem größere Mengen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf den Markt. Dem entsprechen auch größere Umsätze in Handwerk, Industrie und Handel in der Nähe der Siedlerstellen.

Wenn die Siedlung durchgeführt ist, leben auf demselben Areal mehr Menschen, die selbst bei sparsamer Lebensführung für Klei-

dung und an täglichen Bedürfnissen mehr ausgeben als die Menschen, die vor der Aufstellung auf diesem Areal gelebt haben.

Die Vermehrung des lebenden und toten Inventars schafft ebenfalls infolge der notwendigen Reparaturen und Ergänzungen dauernde Arbeitsgelegenheit und Umsatz für Industrie und Handwerk. Bereits die Anstellungskommission für Posen und Westpreußen hat vor dem Kriege sehr interessante Feststellungen hierüber in ihren Berichten niedergelegt. Aus neuerer Zeit haben wir eine Arbeit von Herrn Dr. Miß, die in allernächster Zeit veröffentlicht werden soll. Dr. Miß hat die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Stadt Deutsch-Orlau im Kreise Rosenberg, Regierungsbezirk Marienwerder, und den in ihrem Umkreise in den letzten Jahren angelegten zahlreichen Siedlungen untersucht. Er zeigt auf Grund einer sehr eingehenden Einzeluntersuchung, wie Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr, auch Banken und Sparkassen in der Stadt durch die Aufstellung einer Reihe benachbarter Güter stark belebt sind.

Zu diesen Geschäften gehören einmal die Bauindustrie und das Bauhandwerk, sodann die ländlichen Nebengewerbe (Wollereien, Mühlen, Kartoffelverwertungsanlagen) und die Maschinenindustrie und der Maschinenhandel, wobei freilich bemerkt werden muß, daß die Siedler heute beim Einkauf landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte ganz besonders sorgfältig rechnen müssen. Unter den Handwerkern sind besonders solche zu erwähnen, deren Arbeitsleistungen in der Landwirtschaft und dem Haushalt der Siedler nicht entbehrt werden können, also Tischler, Stellmacher, Drechsler, Schmiede und Sattler. Dazu kommen aber auch Schneider, Schuster, Friseur und endlich auch noch Bäcker und Fleischer, welche die Erzeugnisse der Siedler verarbeiten.

Der Absatz der Siedlerprodukte, insbesondere von Fleisch, Geflügel, Eiern usw. hat daneben sowohl den Genossenschaften sowie dem privaten Handel und dem Wochenmarkterverkehr erhöhte Umsätze gebracht. Die Einkäufe der Siedler haben andererseits einer anderen Reihe von Geschäften erhöhte Umsätze ermöglicht, z. B. Düngemittel, Eisen, Lederwarenhandlungen, Möbelgeschäften, Manufakturwaren, Schuhwaren, Kolonial- und Drogeschäften. Diese Befruchtung des gemeinlichen Lebens hat auch auf die Finanzen der Stadt günstig gewirkt.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen also, daß eine richtig durchgeführte ländliche Siedlung im großen Stil nicht nur für die Landwirtschaft des deutschen Ostens von höchster Bedeutung ist, daß sie vielmehr eines der wesentlichsten Mittel ist, um diese andere Zweige der östlichen Wirtschaft neu zu beleben und so der fürchtbaren Schrumpfung entgegenzuwirken, die die östliche Wirtschaft lähmt.

Preussische Wohnungskreditanstalt.

Zur Förderung des Wohnungsbaues. — Die zweite Hypothek.

In Preußen wird in nächster Zeit die Gründung einer Zentralen Wohnungskreditanstalt vollzogen werden. Damit will man die Misere der sogenannten zweiten Hypothek mildern. Nach Lage der Dinge sind die Restbeträge an Hauszinssteuermitteln, die für den Wohnungsbau noch verwendet werden können, so stark begrenzt und auch für andere als Neubauzwecke (Altwohnungsumbauten, Sanierungen, Gewährung von Zinszuschüssen und ländliche Siedlung) festgelegt, daß die Bewilligung von Hauszinssteuerhypotheken für Neubauten in der bisher üblichen Weise nicht mehr möglich ist. Auch die bisher in großem Umfange gewährte Hilfe durch Uebernahme von Bürgschaften für die zweite Hypothek (sogenannte 1. b-Hypothek) scheitert daran, daß die Belastung der Kommunalen mit Garantien von den kommunalen Körperschaften nicht mehr als vertretbar gehalten wird. Hier soll die Preussische Wohnungskreditanstalt eingreifen.

Darüber, wie der Mechanismus dieses Instituts funktionieren soll, gibt der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirsfelder folgende Fingerzeige:

„Die Anstalt wird ermächtigt, nachstellige Darlehen selbst zu gewähren oder zu verbürgen. Insbesondere die Uebernahme von Bürgschaften erscheint für die Zukunft als die wesentlichste Aufgabe dieses Instituts, um möglichst aus allen Quellen derartige Kredite für den Wohnungsbau heranzuziehen. Seit Jahren haben berufene Vertreter des Realcredits und der Wohnungswirtschaft darauf hingewiesen, daß die Organisation der zweiten Hypothek einem dringenden Bedürfnis entspricht. Das Problem liegt hierbei in der Sicherheit. Wird durch Einschaltung einer Bürgschaft das gewährte Kapital zusätzlich gedeckt, so kann bei normaler Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt mit der Bereitstellung ausreichender Mittel gerechnet werden. Die Bürgschaft der Wohnungskreditanstalt, hinter der die Haftung des preussischen Staates steht, wird es ermöglichen, sowohl von öffentlich-rechtlichen Realcreditinstituten als auch von Hypothekenbanken, von Sparkassen oder anderen Vermögensträgern, sowie von privater Seite zweite Hypotheken zu erhalten. Es wird durch diese Art der Organisation eine Lücke geschlossen, die das bisherige System des Realcredits für den Wohnungsbau aufweist, und zwar in der allein möglichen Form einer öffentlichen Selbstverwaltungskörperschaft auf rein wirtschaftlicher Grundlage. Mit Rücksicht auf die in der Staatshaftung begründeten besonderen Interessen des Staates konnte nur die Gründung eines Zentralinstituts, das für ganz Preußen nach einheitlichen Grundfahen arbeitet, in Frage kommen. Die Angliederung des neuen Instituts an die gleichfalls vom preussischen Staat seinerzeit ins Leben gerufene Preussische Landespfandbriefanstalt wird Gewähr für eine sachgemäße und wirtschaftlich einwandfreie Durchführung der Aufgaben geben, ohne daß es eines größeren neu zu schaffenden Apparates bedarf.“

Zur Rückficherung der Darlehens- und Bürgschaftsverpflichtungen der Wohnungskreditanstalt und zur Abdeckung eines etwa hieraus für den Staat entstehenden Risikos wird bei der Anstalt aus noch verfügbaren Hauszinssteuermitteln und den Rück-

flüssen der ausgegebenen Hauszinssteuerhypotheken, also ohne Inanspruchnahme allgemeiner Staatsfonds, ein Bürgschaftsicherungsfonds gebildet.

Sächsischer Textilpleite.

Baumwollkonzern Wagner u. Moras zahlungsunfähig.

Die Vereinigte Textilwerke Wagner u. Moras A. G. in Jittau, die mit einem Kapital von 7 Millionen arbeitet, hat jetzt ihre Zahlungen einstellen müssen. Von dem Unternehmen wird ein gerichtlicher Vergleich angestrebt.

Die wesentlichste Verlustquelle scheint auch bei der Wagner u. Moras A. G. in einem verfehlten Konzernaufbau zu liegen. Besonders umstritten war die Organisation eines eigenen Filialnetzes, das die Firma sich seit 1930 aufgezogen hatte. Wie es heißt, soll die Gesellschaft über 100 eigene Filialläden im Laufe der letzten zwei Jahre errichtet haben, in der Hoffnung, durch den direkten Verkauf an den Konsumenten vor der Konkurrenz eine erhebliche Gewinnspanne zu erzielen.

Die wichtigste Frage bei dem Zusammenbruch ist, ob es gelingt, eine Regelung zu finden, die der großen Pleitegesellschaft von annähernd 5000 Mann ihre Arbeitsstätte erhält. Der Maschinenpark des Unternehmens besteht aus 200 000 Spindeln und weit über 4000 Bestühlen. In den letzten Monaten war die Beschäftigung sehr stark zurückgegangen, was in dem außerordentlich hohen Lagebestand mit einem Werte von etwa 10 bis 12 Millionen zum Ausdruck kommt. Die Passiva erreichen 20 Millionen, hiervon sind 5 Millionen Mark Obligationsschulden und etwa 15 Millionen Mark Bankschulden.

Ist Autarkie möglich und sinnvoll?

Der Abschluß der Berliner Weltwirtschaftskonferenz.

Im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz sprach Professor Dr. Karl Brandt über die Frage, ob die deutsche Landwirtschaft zur Versorgung ganz Deutschlands mit allen Lebensmitteln befähigt werden könne. Rein technisch könnte die Autarkie in jahrzehntelanger Umstellungsarbeit wohl verwirklicht werden. Dazu sei eine wesentliche Erweiterung der Kartoffel-, Zuckerrüben- und Futteranbaufläche erforderlich.

Die allein entscheidende Frage aber, ob die Agrarautarkie in Deutschland wirtschaftlich sinnvoll sei, wurde von Brandt unbedingt verneint. Die notwendige Ausdehnung der Agrarproduktion könne nur unter Preissteigerungen erfolgen. Das bedeute aber eine Senkung der städtischen Kaufkraft und eine Verminderung der Ausgaben für Industrieprodukte. Der deutsche Industrieexport werde noch stärker zurückgehen, die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen — dann aber seien die hohen Preise für die Agrarprodukte nicht mehr zu halten und der Ruin der Landwirtschaft nicht zu vermeiden.

Am Mittwochnachmittag wurde die „Weltwirtschaftskonferenz 1932“ beendet.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Tube 50 Pf. Große Tube 80 Pf.

Es wird angeglichen!

Wohin steuert die Reichsregierung?

Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt verkündet, daß es jetzt mit dem Lohnabbau auch wirklich Schluß sein müsse. Es könnte sich höchstens nur noch um „Korrekturen“ handeln von „Schönheitsfehlern“, die dadurch entstanden seien, daß am 10. Januar 1927 die Lohnhöhe sehr ungleichmäßig gewesen sei.

Der Logik und der erschrockenen Kaufkraft entsprechend müßte die angeforderte „Angleichung“ nach oben vorgenommen werden. Es wird aber nicht nach oben, sondern munter drauffos nach unten „angeglichen“. Diese famose Angleichung ist aber:

in Wirklichkeit nichts anderes als ein allgemeiner und noch brutaler Lohnabbau als der, der durch die Notverordnung vom 8. Dezember dekretiert worden ist.

Dieser Angriff gegen die Arbeiter wirkt nur herausfordernd, wenn er unter der Maske der Angleichung betrieben wird. In dem Schiedsspruch für die badische Textilindustrie sind Löhne von 54 Pf. für den 25jährigen Arbeiter noch herabgesetzt worden! Das sind wohl die „Spitzenlöhne“, die über das allgemeine Lohnniveau „hinaustragen“.

Die verprochene Preissenkung als Ausgleich für die Lohnsenkung durch die Notverordnung vom 8. Dezember ist ausgeblieben. Die Lohnsenkung ist nur um etwa die Hälfte ausgeglichen worden.

Die Folge zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt,

wo die Frühjahrseinstellung weit hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, obwohl der Ausgangspunkt ein weit höherer ist als im Vorjahre. Diese Abdriftung des Binnenmarktes macht die Fürsorge für die Arbeitslosen zu einem unlöslichen Problem.

Und nun kommen die neuen „Angleichungen“, die, wenn sie zur Durchführung kommen, unabsehbare Folgen in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Beziehung haben müssen. Unsere gesamte öffentliche Ausgabenwirtschaft muß zusammenbrechen, die

Konflikte werden sich wieder heftigstens häufen und die schwersten Konflikte und Zusammenstöße werden zur Regel werden. Nach dem Schiedsspruch im badischen Textilgewerbe, nach den Schiedssprüchen für das Baugewerbe kommt jetzt ein Schiedsspruch für die Flaschenindustrie. In dieser Industrie, wo durch die Zentralisierung der Produktion der

Lohnanteil stärker als in irgendeiner anderen Industrie geknickt worden ist,

und wo die Löhne trotz der schweren Arbeit außerordentlich herabgedrückt sind, ist durch Schiedsspruch der Lohn bis zu 10 Proz. nochmals abgebaut worden. Angleichung? An was?

Sobald wird uns der neue Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe mitgeteilt, der gestern abend gefällt wurde. Zu diesem Schiedsspruch hat der Reichsarbeitsminister einen Sonderentscheidern ernannt und, wie man annehmen kann, ihm auch besondere Instruktionen erteilt. Nach diesem Schiedsspruch

sind die Löhne der Facharbeiter von 1,25 M. auf 1,08 M. geknickt worden.

Der erste Schiedsspruch beschränkte sich, wenn man so sagen darf, auf 1,12 M. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter wurden von 1,02 M. auf 90 Pf. (im ersten Schiedsspruch 93 Pf.), die der Tischbauarbeiter von 75 auf 72 Pf. (74) geknickt. Die Unternehmer nahmen den Schiedsspruch sofort an, die Arbeiter lehnten ihn sofort ab. Es erübrigt sich also, eine Erklärungsfrist festzusetzen. Besonders interessant und bezeichnend ist noch folgende Klausel in diesem Schiedsspruch. Danach soll der Schiedsspruch Gültigkeit haben bis 2. März 1933. Die Löhne sollen aber bereits zum 31. Oktober 1932 kündbar sein, falls der allgemeine Lohnstand innerhalb des Tarifgebiets sich wesentlich verändern würde. Das heißt doch wohl auf ein deutliches, daß man mit einer allgemeinen Senkung der Löhne rechnet. Wohin steuert die Reichsregierung?

Malermeister auf den Spuren Hitlers.

Die Gehilfen sind aber nicht für Hitler.

Der Reichsbund für das Deutsche Malergewerbe hat nach dem Scheitern der Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichslohntarifes an seine Unterverbände die Anweisung gegeben, die bisherigen Löhne um durchschnittlich 30 Proz. herabzusetzen. Ganz im Geiste ihres großen Kollegen Hitler. Von den Landesverbänden und Innungsvorständen wird diese unerhörte Lohnkürzung mit der angeblichen Notwendigkeit einer „einheitlichen Lohngestaltung“ während der tariflosen Zeit begründet.

In Berlin sind die Malermeister von ihren Innungen aufgefordert worden, den Gehilfenlohn von 1,25 Mark auf 1 Mark und in den Außenbezirken auf 1,05 Mark zu reduzieren. Soweit in der jetzigen Zeit überhaupt Gehilfen beschäftigt sind, haben sie es überall rundweg abgelehnt, sich dieser Hitlererei zu unterwerfen und zu diesen Löhnen zu arbeiten. Daraufhin haben sich die Malermeister dazu bequemt, die alten Löhne bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages weiterzuzahlen.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Maler richtet an seine Mitglieder in seinem Verbandsorgan einen Aufruf, in dem es heißt, daß der Reichstarif nach wie vor in Kraft bleibe und über die Löhne, die vom 1. Mai an gelten sollen, nicht die Unternehmer von sich aus, sondern das von der Organisation beantragte amtliche Schlichtungsverfahren zu entscheiden habe. Die Schlichtungsverhandlungen sollen Mitte Mai stattfinden.

„Arbeitsvermittlung.“

Bie sie auf dem Lande gehandhabt wird.

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt herrschen tolle Zustände. Wer glaubt, daß der Beschluß des Reichsrats, wonach 1932 neue ausländische Landarbeiter nicht — 1931 waren es rund 70 000 — mehr nach Deutschland hereingelassen werden, zur Einstellung der entsprechenden Anzahl erwerbsloser anfasslicher Landarbeiter geführt hat, befindet sich in einem großen Irrtum. Man beschäftigt, wo es nur irgend geht, mit Vorliebe auswärtige Wanderarbeiter und läßt die anfasslichen Arbeitskräfte hungern. Vor allem werden oberösterreichische und ostpreussische Wanderarbeiter beschäftigt, oder junge Leute, die sich um jeden Preis, nur gegen Kost und Unterkommen, anbieten.

In Mittelddeutschland liegen nach den Mitteilungen, die dem Deutschen Landarbeiterverband zugegangen sind, die Dinge in der Arbeitsvermittlung der Landwirtschaft besonders übel. So beläuft sich z. B. in Groß-Ammensleben (Kreis Bismarck) die Zahl der arbeitslosen Frauen und Männer auf 230. Von ihnen erhalten 100 Personen Arbeitslosen-, 80 Krifen- und 50 Wohlfahrtsunterstützung. Diese 230 Leute sind sämtlich als Wanderarbeiter ge-

eignet. Sie haben sich wiederholt der Domänenverwaltung in Groß-Ammensleben zur Arbeit angeboten. Sie wurden mit der Begründung abgewiesen, daß genügend schlesische Arbeitskräfte vorhanden seien. Die Domäne in Dreileben (Kreis Bismarck) hat 21 schlesische Mädchen eingestellt, die voll beschäftigt werden. Die einheimischen verheirateten Landarbeiterinnen werden nicht beschäftigt.

Das Schlimmste ist, daß den Unternehmern die Beschäftigung deutscher Wanderarbeiter kaum billiger zu stehen kommt als die Beschäftigung anfasslicher landwirtschaftlicher Arbeitskräfte. Für die Haltung der Unternehmer gibt es daher nur eine Erklärung: man will dem anfasslichen Landarbeiter zeigen, wer Brotgeber ist, und ihn müde machen, damit er zu wesentlichen ungünstigeren Bedingungen als den tariflichen arbeitet. Die arbeitslosen anfasslichen Landarbeiter fallen natürlich der Wohlfahrtsunterstützung, d. h. den Gemeinden zur Last. Aber das kümmert den Agrarier nicht.

Das Reichsarbeitsministerium kann diese Zustände unmöglich länger dulden. Es muß dafür sorgen, daß die Vermittlung deutscher Wanderarbeiter, die heute fast nur Sache der Deutschen Arbeiterzentrale ist, ausschließlich der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen wird und zwar mit der ausdrücklichen Verpflichtung, die Vermittlung durch die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter unter stärkster Berücksichtigung der erwerbslosen anfasslichen Landarbeiter durchzuführen zu lassen.

Vorsicht bei Siedlung.

Wer zu schwach, muß die Finger davon lassen.

Eine Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht enthielt neulich das Siedlerelend in seiner ganzen Krassheit. Ein arbeitsloser Musiker beschloß im Oktober vorigen Jahres, als Siedler sein Glück zu versuchen. Er zog auf die Siedlung Wegendorf bei Werneuchen hinaus; mit ihm seine Frau. Er verrichtete die ungewohnte Arbeit, schleppte Steine, betonierete, baute, seine Frau kochte und verrichtete für die Siedler die erforderlichen Küchenarbeiten. Beide hatten dafür gleich den übrigen 23 Siedlern bloß ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot. Für Kleidung mußten sie selbst sorgen, sie wurde von der Arbeit nicht besser, Geld bekamen sie keinen Pfennig. So ging es vier Monate lang.

Dann erkrankte der Musiker infolge der ungewohnten schweren Arbeit. Er mußte zurück nach Berlin, mit ihm seine Frau, das Erwerbslosendasein begann von neuem. Eine Entschädigung für die viermonatige Arbeit erhielt er nicht. Hätte er ausgehalten, so wäre er ja Bewohner eines Siedlungshauses geworden. Selbst seine Möbel wurden nicht in die Stadt zurückgeschafft. Das wurmt den Mann. Er glaubte, einen Anspruch für die viermonatige Arbeit zu haben und verlegte die Siedlungsgesellschaft „Bauernland“ auf 600 Mark für sich und seine Frau.

Das Arbeitsgericht wies die Klage ab. Zwar liege ein Arbeitsvertrag vor, hieß es, es bestehe jedoch kein Anspruch auf Lohn. Die Sache kam vor das Landesarbeitsgericht.

Der Vertreter des Angeklagten machte geltend, daß die Siedlungsgesellschaft sich unterdes durch die Arbeit der Genossen mit 13 Siedlungshäusern bereichert habe. In einem dieser Siedlungshäuser stehe auch die Arbeit des Klägers. Auf Grund des § 812 des BGB. habe er deshalb Anspruch auf Herausgabe dieser Bereicherung, da seine Leistung nicht den erfolgten Zweck erreicht habe. Er habe diesen Anspruch auch aus einem anderen Grunde. Die Genossenschaft der Siedler und Siedlungsgesellschaften stellen eine Gesellschaft im bürgerlich-rechtlichen Sinne vor. Nach Austritt aus der Gesellschaft habe der Kläger Anspruch auf Abfindung.

Das Landesarbeitsgericht wies den Kläger gleichfalls ab. Es erklärte, das Zivilgericht sei für den Rechtsstreit zuständig. Der Kläger wendete sich nun an das Zivilgericht. In der gleichen Lage befinden sich aber vier weitere Siedler, die das Ergebnis dieses Rechtsstreits abwarten, um auch ihre Ansprüche geltend zu machen. Der Musiker und seine Frau haben unterdes von der Gesellschaft je 50 Mark erhalten. Ihre Möbel nach Berlin zurücktransportieren, sind sie aber heute noch nicht in der Lage.

Einigung in der Damenhutindustrie.

Man meidet die Schlichter.

Die Mehrheit der Arbeiterchaft in der Damenhutindustrie hat dem Ergebnis der Verhandlungen zugestimmt. Die am 18. April über den Neuabschluss des Reichstarifvertrages der Damenhutindustrie geführt worden sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen zwischen den Tarifparteien war die Verlängerung des von den Unternehmern zum 30. April gefälligen Reichstarifvertrages zunächst bis zum 31. Mai. Von der Lohnwoche an, in die der 4. Juni fällt, soll bei einigen Zeitlöhnen ein Abzug von 1 bis 3 Pf. pro Stunde erfolgen. Die im Stücklohntarif für Damenwinterhüte festgesetzten Akkordlöhne sollen ab 7. Mai teilweise um 10 bis 15 Proz., teilweise weniger und für verschiedene Arbeiten gar nicht heruntergesetzt werden. Die Zeitlöhne für die Damenhutindustrie sollen Geltung haben bis zum 1. November 1932, die Stücklöhne für Damenwinterhüte bis zum 31. Dezember 1932.

Der Deutsche Hutarbeiterverband hat nach der Annahme des Verhandlungsergebnisses durch seine Mitgliedschaft die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages beantragt. In allen Tariforten ist von den Mitgliedern der Organisation zum Ausdruck gebracht worden, daß sie dem Verhandlungsergebnis nur zustimmen, weil sie im Augenblick keine Möglichkeit sehen, auf eine andere Art zu einem besseren Vertragsabschluss zu gelangen. Auf die staatlichen Schlichtungsinstanzen wurde überhaupt keine Hoffnung gesetzt.

Arbeiter verrede, wenn du nicht Nazi bist.

Ein Rundschreiben eines Naziagitators.

„Und willst du nicht mein Bruder sein, so Schlag' ich die den Schädel ein.“ Paßt dieses Wort auf die Nazis, so scheinen die Herrschaften, die von dem Aufschwung der Handindustrie im Dritten Reich reden, vorläufig darauf aus zu sein, die Arbeiter brotlos zu machen, die nichts auf ihre Parole von Arbeit und Brot geben. So hat ein gewisser Helmuth Körner aus Pieskowitz, Kreis Saagen, im Freistaat Sachsen, jenes Zeichens Landagitator der Naziartei, dieser Tage verschiedenen nationalsozialistischen Bauern eine Mitteilung zukommen lassen, in der es wörtlich heißt:

„Ich fordere daher alle Bauern der nationalen Opposition auf, sofort sämtliche marxistischen Arbeitskräfte aus ihren Betrieben zu entlassen und dafür ehemalige SA- und SS-Leute einzustellen.“

So unerschämte wie diese Forderung, ist auch die Begründung. Körner erklärt unter anderem, daß nur das Bestehen der SA „kommunistische und marxistische Unruhen auf dem Lande verhindert habe“. Das ist eine freche Verleumdung der Landarbeiter, denen hier einfach Plünderungsabsichten in die Schuhe geschoben werden.

Herr Körner hat seine Rechnung ohne den Deutschen Landarbeiterverband gemacht. Dieser wird in jedem Falle, wo ein Mitglied des Verbandes auf Grund der erwähnten Mitteilung entlassen und an seiner Stelle ein Naziarbeiter eingestellt wird, ohne Erbarmen Klage bei dem zuständigen Arbeitsgericht erheben.

Die Landarbeiter wissen, was sie zu verlieren haben. Sie werden sich deshalb gegen die Bestrebungen der Nazis mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen.

Gesamtenverband der Arbeiterchaft der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs- und Gewerbetreibenden. Montag, 19. Mai, im großen Saal des hiesigen Hofes, Berlin N., Rosenstraße Nr. 10-11, Sammelung der bei den Gew.-, Wasser- und Elektrizitätswerken beschäftigten Angehörigen. Tagesordnung: 1. Stand der Tarifbewegung, 2. Organisationsangelegenheiten, 3. Beschließens.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 7. Mai 1932, finden folgende Veranstaltungen statt: Vorkonferenz der Gruppen Spandau-Straßen, Rampe zu usw. Jugendheim Berlin-Spandau, Siedlerstraße 1. Programm: Befang, Nacht, Jugendspiel, Gespräch: „Das Lied der Arbeit“. Eintritt: 20 Pf. Einlaß 10½ Uhr. Beginn 20 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anestellten

Unser Singkreis hat heute von 20-22 Uhr im Jugendheim Hitler-Str. 4. — Spiele im Freien ab 14 Uhr Sportplatz Humboldthofen.

Berlins Hausfrauen sind gewonnen!



Vim, die Putzfrau in der Dose, hat jedes Hausfrauenherz erobert! Kein Wunder, denn dieses prachtvolle Putzmittel reinigt und poliert alles, ohne zu kratzen, blitzblank und sauber! Nicht umsonst vergleichen es erfahrene Hausfrauen mit einem kleinen Zauberer.

Vim ist tatsächlich eine vorzügliche Hilfe für Küche und Haus und — was das beste ist: Vim ist jetzt so billig! Die Normaldose kostet nur noch 20 Pfennig, die Doppeldose 35 Pfennig! Und jede Dose hat den wertvollen Sunlicht-Gutschein für schöne Gaben!

Wer Vim benutzt, hat gut geputzt!

VIM

DIE PUTZFRAU IN DER DOSE

